









Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



-  **S. 3**  **NATO-SICHERHEITSKONFERENZ IN MÜNCHEN**
-  **S. 12**  **DEUTSCH-TSCHECHISCHE BEZIEHUNGEN**
-  **S. 15**  **BERLIN: KAMPAGNE FÜR SOZIALTICKET**
-  **S. 20**  **GLEICHHEITSGRUNDSATZ BEI LEIHARBEIT**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

KOMMUNALFINANZEN. (PM STÄDTE-TAG) Die Finanzlage der Kommunen hat sich 2003 weiter verschärft und wird sich trotz langer politischer Diskussionen um die Gemeindefinanzen auch 2004 nicht verbessern. Das belegen aktuelle Daten der kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage der Städte, Gemeinden und Kreise, die der Deutsche Städtetag heute (3.2.) in Berlin vorgelegt hat. „Rekorddefizite, ein Tiefststand der Investitionen und ein starker Anstieg der Sozialausgaben prägen das aktuelle Bild der Stadtfinanzen“, sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, und nannte folgende Fakten:

– 2002 belief sich das Gesamtdefizit der kommunalen Haushalte – die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben – auf 4,66 Milliarden Euro, 2003 waren es 9,7 Milliarden, 2004 ist mit 10 Milliarden Euro zu rechnen.

– Die Investitionen sanken 2003 um weitere 8,3 Prozent und lagen damit im vergangenen Jahr um über 35 Prozent unter dem Stand von 1992.

– Die Sozialausgaben dagegen stiegen um 7,7 Prozent und werden sich 2004 um weitere 4,6 Prozent erhöhen. Sie liegen dann um rund 45 Prozent über dem Niveau von 1992.

„Die von den Städten lange ersehnte Gemeindefinanzreform ist im Verhandlungspoker von Bund und Ländern unter dem Tisch gefallen. Viele Städte stehen mit dem Rücken an der Wand und sind finanziell handlungsunfähig“, sagte Frau Roth. Weil die Reform nicht stattgefunden habe, verharre das Defizit der Kommunen 2004 auf Rekordhöhe. Die von Bundestag und Bundesrat beschlossene Senkung der Gewerbesteuerumlage verhindere nur, dass das Minus weiter steige.

Als Kernforderung für die nächsten Monate nannte die Städtetagspräsidentin eine deutliche Entlastung der Städte bei den Sozialausgaben: „Versprochen ist versprochen. Wir verlangen deshalb, dass Bund und Länder die Städte durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab 2005 jährlich um mehrere Milliarden Euro entlasten. Bisher steht eine Entlastung um 2,5 Milliarden Euro nur auf dem Papier. Tatsächlich aber ist dies bisher in keiner Weise gesichert, viele Städte rechnen sogar mit Mehrbelastungen.“

Roth bemängelte, dass den Kommunen ab 2005 die vollen Unterkunftskosten für alle Arbeitslosengeld II-Bezieher und Sozialhilfeempfänger aufgebürdet werden sollen und so die Kostenübernahme des Bundes für die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger aufgezehrt werde. Außerdem seien die Belastungen der Städte durch Beratungs- und Betreuungsdienstleistungen für 2,5 Millionen Langzeitarbeitslose im Finanztableau des Gesetzes viel zu niedrig angesetzt.

Klare Forderungen richten die Städte auch an die Länder: „Von den Ländern erwarten wir dringend verbindliche Erklärungen, dass sie ihre Entlastung den Kommunen zur Verfügung stellen. Denn es wäre unhaltbar, wenn die Länder ihre Ersparnisse beim Wohngeld für die Sanierung ihrer Haushalte verwenden.“

PFLEGEVERSICHERUNG. Angesichts des neuerlichen Rekorddefizits in der Pflegeversicherung fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Pflegeversicherung durch ein steuerfinanziertes Bundesleistungsgesetz zu ersetzen. „Wir können uns das Ausbleiben notwendiger Reformen nicht leisten, während ein ganzer Sozialversicherungszweig gegen die Wand fährt“, so Barbara Stolterfoht, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und ehemaliges Mitglied der Rürup-Kommission.

Trotz der enormen Defizite der Pflegeversicherung seien deren Leistungen ungenügend. Ursache dafür sei die mangelnde Berücksichtigung von Altersdemenz und die fehlende Dynamisierung der Leistungen. Barbara Stolterfoht forderte deshalb einen radikalen Systemwechsel: „Täglich erweist sich aufs Neue, dass die Defizite in der Pflege nicht innerhalb des Systems gelöst werden können. Wir brauchen deshalb einen Systemwechsel, von einer Teilkaskoversicherung hin zu einem steuerfinanzierten Bundesleistungsgesetz.“

Dem Konzept des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufolge soll die Pflege künftig für eine Mehrheit der Pflegebedürftigen vollständig aus Steuermitteln finanziert werden. Die administrative Umsetzung soll dagegen bei Städten und Gemeinden liegen. Dafür sollen diejenigen, die es sich leisten können, anders als jetzt bei der Pflegeversicherung künftig vorrangig zur Finanzierung herangezogen werden. „Ein solches Konzept entlastet Versicherte, Arbeitgeber und Kommunen und verhindert, dass Pflegebedürftige in die Sozialhilfe fallen. Gleichzeitig ist eine Finanzierung aus einer Hand effizient. Die Pflegeversicherung hat sich zu einem bürokratischen Monster entwickelt, deshalb müssen wir eine Alternative an ihre Stelle setzen“, so Stolterfoht.

Eine generationengerechte Finanzierung eines Bundespflegeleistungsgesetzes könnte durch die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuregelung der Erbschaftssteuer gewährleistet werden. „Die Kehrseite des demographischen Problems der Sozialversicherungen ist, dass immer größere und zahlreichere Erbschaften auf immer weniger Nachkommen entfallen. Eine modernisierte Erbschaftssteuer wäre deshalb als Gegenfinanzierung eines Bundesleistungsgesetzes hervorragend geeignet“, sagte Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de



**Proteste gegen die Münchner
Nato-Konferenz**

Innenansichten

Durch den Dschungel widersprüchlicher Tatsachen tut sich nach den Protesten gegen die Nato-Konferenz in München ein interessanter Ausblick auf: Citys für Peace, aber Staaten für Krieg. Vielleicht nur ein Trugbild? Selbstverständlich hätte man sich von allem mehr gewünscht. Es wäre besser gewesen, wenn der Stadtrat die Ausrichtung des Empfanges durch die Stadt mit großer Mehrheit abgelehnt hätte (der Antrag blieb mit Stimmen der PDS; der ÖDP, der Rosa Liste sowie aus den Bündnisgrünen in der Minderheit). Und noch besser wäre es gewesen, wenn das Kreisverwaltungsreferat wegen der gegen das Grundgesetz gerichteten Tendenz dem Veranstalter Auflagen erteilt hätte. Obwohl jedoch der Empfang stattfand und obwohl die Ordnungsbehörde die Protestaktionen mit Auflagen belegte, obwohl also in der Mitte Münchens eine Kultveranstaltung für Militärgewalt stattgefunden hat, darf nicht übersehen werden, dass die jahrelangen Protest und Aufklärungsaktionen in der Stadt ein erhebliches kritisches Potential geschaffen haben.

Dafür gibt es viele Belege. Einer wäre der Inhalt der Rede, die Oberbürgermeister Ude auf dem städtischen Empfang an die Konferenzteilnehmer gerichtet hat (S. 4). Ein anderer die Forderung der Polizeigewerkschaft, die Konferenz möge an den Stadtrand verlegt werden, ein dritter, dass die *Süddeutsche Zeitung* in ihrem Lokalteil diese Forderung aufgreift.

Auf der anderen Seite ist unverkennbar, dass die institutionalisierte Stadtgesellschaft den offenen, demonstrativ, in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Meinungskampf nicht will. Das wird daran klar, dass die Versuche zivilen Ungehorsams zur Behinderung der Nato-Kultfeier nicht greifen konnten. Wer in den fraglichen Stunden die Fahrbahn betrat, verfiel der Polizei, die um diese Unrechtslage auf den Zufahrtswegen zum Bayerischen Hof zu gewährleisten, allerdings das ganze Stadtbild prägte.

Nach den Protesten und Demonstrationen, am Freitag, beim Versuch der Menschenkette, maximal etwas über tausend, am Samstag, bei der Demonstration so um die zehntausend, ist jedenfalls unbestreitbar, dass dieses Konferenzgeschehen nicht von der Zustimmung und dem Wohlwollen der Einwohnerinnen und Einwohner getragen wird.

Die Repression

Nach Presseberichten wurden mehrere hundert Menschen in Gewahrsam genommen. Die meisten davon wohl am Freitag, bei dem Versuch, die geplante Menschenkette zu schließen. Das ist ein scharfes Mittel. Der Mensch, der sich soeben noch der Freiheit der Rede, der Un-

Die Münchner Nato-Konferenz über Einsatz in Nah/Mittel-Ost

Der Aufmarsch nimmt Gestalt an

An dem großen Rahmen der Planung der Nato, die wir in der letzten Ausgabe der PB vorstellten, hat sich nichts geändert. Vielmehr haben sich alle Vorhaben verfestigt.

In Afghanistan sollen die jetzt 5.500 Nato-Truppen um wahrscheinlich mehrere tausend Soldaten aufgestockt (die Rede ist von 14.000). Die militärische Neuordnung des Afghanistan-Einsatzes ist zentrales Moment der Nato-Planung für den Mittleren Osten. Hier verständigte man sich auf den Vorschlag Schröders, dass das Eurokorps – ein schnelles Krisenreaktionskorps, dem Soldaten aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien und Luxemburg angehören – die Führung der Nato-Mission übernehmen soll.

Eine neue Information ist durch die Positionierung der russischen Verteidigungsministers gegeben. Die *Süddeutsche Zeitung* vom 9.2. zieht nach dem Bericht über ein Hintergrundgespräch kühl das Fazit: „Dennoch muss sich Russland damit abfinden, dass aus dem Global Player eine Regionalmacht geworden ist.“ Vorausgegangen waren Äußerungen Iwanows, aus denen sich lesen lässt, dass Russland der Nato im Mittleren Osten nichts entgegensetzen wird und sich darüber hinaus um die Machtentfaltung der Nato im Baltikum, in Polen und mit Bezug auf Georgien ängstigt.

Eine andere neue Information ergibt sich aus der Rede des jordanischen Königs, die, in der Presse wenig beachtet, einen ausreichenden Beweis dafür gibt, dass in einigen Staaten der Region die Annäherung an die EU und die Nato geduldet oder sogar gesucht wird.

Eine große Rolle spielt die nach wie vor stehende Weigerung der Bundesregierung, Bundeswehrtruppen als Kampftruppen in den Irak zu schicken. Es wird aber angemerkt, dass diese Position wohl dann nicht mehr haltbar sein wird, wenn die Besatzungsmächte im Irak ein einheimisches Regime installiert haben, das um Beistand bittet. „Aus Regierungskreisen“, berichtet die *Financial Times Deutschland* am 9.2., seien sowohl Fischer wie Struck „im Namen der Bünd-

nistreue und als Signal an Irak bereit, deutsche Offiziere in das Land ziehen zu lassen“.

Bedrückenderweise kommt der Dreh, mit dem sich die Nato im Mittleren Osten platzieren will, aus der Grünen Partei. Fischers Vorschlag, Staaten der Region von Marokko bis Afghanistan das Tor zur Nato zu öffnen, basiert auf der tief reichenden Erschütterung der bedrohten Staatsgebilde des Nahen und Mittleren Ostens.

Es wird schon so sein: Viele dieser Staaten haben keine Legitimation im Inneren, manche von ihnen können interessiert werden, diesem Mangel durch Abstützung auf einen starken auswärtigen Freund abzuweichen. Eine solche Tendenz würde besonders durch die Perspektive der Anbindung an die EU gefördert.

Auf eine bestürzende Art und Weise erinnert diese Politik an die Vietnampolitik der USA, die ihre Militäreskalation auf genau diese Weise, nämlich auf Anforderung von Marionettenregimes betrieben hat.

Wie kann Fischer glauben, dass eine solche Rechnung jetzt aufgeht? Vielleicht wird diese Politik von der Annahme getragen, ein Militärprotektorat, das zugleich an die EU angebunden sei, könne – anders als in dem wirtschaftsgeografisch isolierten Vietnam – eine alle überzeugende Wirtschaftsblüte, gleichsam unter den Kanonen der Nato, erzeugen.

Dagegen sprechen jedoch die Erfahrungen. Entwicklung ist eben nicht möglich ohne Demokratie, ohne innere Unabhängigkeit, und die innere Unabhängigkeit kann sich nicht entwickeln, wenn die Staatsorganisation in äußerer Abhängigkeit steht und gegen die Bevölkerung, gestützt auf auswärtiges Geld und auswärtige Waffen, agiert.

Ende Februar reist Schröder zu einem Staatsbesuch in die USA, um den von Fischer vorgestellten Plan mit US-Präsident Bush zu erörtern. (ftd, 9.2.) Wenn dieser Plan Wirklichkeit wird, überschreiten die Gesellschaften der heutigen Nato die Schwelle eines Besatzungskriegs, der in Ausmaß und Dauer nicht abzuschätzen ist. maf, scc



verletzlichkeit der Person, sicher wähnt erfährt Gewalt. Die Polizei greift ein. Nimmt fest. Hält fest. Sperrt ein. Die staatliche Autorität zeigt sich als physische Übermacht. Der gerade noch selbstbestimmte Mensch wird gedemütigt. Festnahmen hinterlassen nicht nur bei den Opfern Spuren, sondern auch im Täterkreis, besonders, wenn sie zu Unrecht erfolgen. Der Polizeibeamte, wenn alles gut und demokratisch geht, darauf geschult, den Unrechtsgehalt einer Situation zu erkennen und einzugreifen, wird zum bloß ausführenden Organ, das auf Befehlen reagiert und die eigene Beurteilung der Lage abzuschalten hat, um dann gewaltsam zu intervenieren. Am Ende bleibt Gewalttätigkeit auf Befehl und Reduktion der Urteilstkraft. Das Verhalten der Einsatzleitung an jenem Freitag zeigte, dass es der höheren Polizeiführung darauf ankam. Es gab immer wieder Angriffe, auch im Bereich der angemeldeten Kundgebung am Platz der Opfer des Nationalsozialismus, fortwährende Provokationen einer Situation für umfassenden und rücksichtslosen Räumung.

Diese Bestrebung wurde besonders markant bei der Festnahme des Kundgebungsredners Tobias Pflüger (als Kandidat auf Platz 4 der Europawahlliste der PDS gewählt). Pflüger wurde mit roher Gewalt gefasst und hinter die Polizeikette geschleppt, kam dann auf Intervention der Versammlungsleitung frei, aber nur unter der unerträglichen Auflage, dass er nicht mehr das Wort ergreifen dürfe. Die Versammlung wurde daraufhin geordnet abgebrochen.

Ein anderes Beispiel waren die leider erfolgreichen Versuche, an verschiedenen Orten Gruppen von Aktionsteilnehmern abzutrennen und auf Stunden eingeschlossen zu halten, ohne auch nur einen Grund zu nennen. So wurde es unmöglich, die Menschenkette durchzuführen.

Die Repression führte, wenn man ein Fazit versucht, den Aktiven Trägerinnen und Trägern des Protestes das hohe Risiko einer demonstrativen Meinungsäußerung vor Augen.

Sie wird allerdings auch innerhalb der überwiegend jungen Polizeikräfte einige Probleme aufwerfen. Es geht darum, ob sie an das Recht gebunden handeln und eigenes Urteilsvermögen entwickeln, oder auf Befehl zupacken, draufhauen, einschüchtern.

Auf dem Mittelweg...

... versuchten sich die Institutionen der Stadt zu bewegen. Das Kreisverwaltungsreferat (KVR), so heißt in München die Ordnungsbehörde, widerstrebte Argumenten der Polizei, die nichts zulassen wollte, und kam dem Aktionsbündnis letztlich entgegen. So war der Ausgang dann eine Frage der Beteiligung. Das war auch der Polizeiführung bewusst. Sie versuchte prompt durch Drohungen von der Teilnahme abzuschrecken. Das ist weitgehend gelungen. Das zeigt nicht nur die Zahl der Teilnehmenden, sondern mehr noch, dass die Bevölkerung den heiklen Zonen fernblieb. Letztlich kamen gerade so viele Leute, dass die Errichtung der Menschenkette möglich gewesen wäre, aber für die Polizeikräfte eine Zerstückelung der Aktion drin war. Genau zu dem Zeitpunkt, als sich abzeichnete, dass die Polizei den Aufzug der Menschenkette gewaltsam verhinderte, verließ der gewählte Kreisverwaltungsreferent Blume-Beyerle den Schauplatz. Er hätte an diesem Punkt das Kooperationsangebot seiner Behörde verteidigen müssen. Das hätte ihn – vielleicht – in Gegensatz zur Polizei gebracht. Also ging er.

Zur selben Zeit operierte Oberbürgermeister Ude auf dem Empfang der Stadt für die Nato-Strategen. Seine Rede scheut den inhaltlichen Konflikt nicht. Obwohl eine solche Rede viel besser ist, als schweifwedelende Zustimmung oder rein protokollarisches Klappern, war sie

trotzdem kontraproduktiv. Der Oberbürgermeister sieht nicht ein, was für diese Konferenz die Kulisse bedeutet. Er begreift nicht, dass was immer er dort sagt nicht wettmacht, dass er diese Institution repräsentativ für die Stadtgesellschaft, legitimiert. Es nützt in diesem Zusammenhang nichts, dass er verbal der Konferenz die Legitimation bestreitet (und das tut er, wenn er fordert, dass die Konferenz für Menschenrechtsorganisationen geöffnet werden muss). Es gibt in der Geschichte der Demokratie viele Beispiele dafür, das geachtete Repräsentanten von Kirchen, Gewerkschaften, Kommunen versuchten, bei schlechten Mächtigten was Gutes zu erreichen, dabei aber letztlich im wesentlichen zu einer Schwächung des Widerstands beitrugen.

Dennoch verdient der politische Kern der Aussage Udes Beachtung und Unterstützung, die Forderung nämlich, dass dieser Militaristenaufmarsch für gesellschaftlichen Widerspruch geöffnet werden muss. Es ist wohl klar, dass ein solcher Wandel der Todesstoß für die Konferenz wäre.

Eine spezifische Inszenierung von Macht

Wie funktionieren solche Veranstaltungen? Wieso konnte dieses aus dem zweifelhaften Umkreis der Autoren der Zeitschrift für Wehrkunde emporgestiegene Ereignis eine derartige Bedeutung entwickeln? Eine Möglichkeit der Erklärung bestünde in der Annahme, dass die kommunikative Dichte der Beziehungen in

Begrüßungsrede von Oberbürgermeister Christian Ude anlässlich des städtischen Empfangs am 6. Februar 2004 für die Teilnehmer der 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik

Sehr geehrte Damen und Herren Minister, meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste unserer Stadt, wie jedes Jahr, so darf ich Sie auch heute am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz sehr herzlich begrüßen – als Oberbürgermeister Münchens und als Gastgeber dieses Empfangs.

Im vergangenen Jahr hatte ich meinen Willkommensgruß mit einem Wort von Papst Johannes Paul II. beendet:

„Nein zum Krieg. Der Krieg ist niemals ein Verhängnis. Er ist eine Niederlage der Menschheit.“

Während Sie im vergangenen Jahr hier in durchaus kontroverser Diskussion Ihre Argumente ausgetauscht haben, sind weltweit Millionen Menschen auf die Straße gegangen, um gegen den drohenden Krieg zu demonstrieren.

Der Krieg hat trotzdem stattgefunden. Die zentrale Begründung gerade hier auf dieser Konferenz war, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze und binnen kürzester Frist auch anwenden werde, wenn man ihn nicht mit militärischer Gewalt daran hindere. Gerade hier auf dieser Konferenz haben hochkarätige Teilnehmer unter Berufung auf ihre fachliche Autorität und ihre brillanten Informationsmöglichkeiten immer wieder versichert, dass sie dies aus ganz sicherer

Quelle zweifelsfrei wüssten und dass nur hoffnungslos naive oder gar böswillige Menschen daran zweifeln könnten.

Seit dem Kriegsende sind viele Monate vergangen, doch für die Begründung des Krieges ist noch kein einziger Beweis gefunden worden. Jetzt sollen Untersuchungsausschüsse prüfen, wie es zur Fehleinschätzung der kriegsführenden Regierungen und zur Irreführung der Weltöffentlichkeit kommen konnte.

Ich weiß, dass Sie andere Themen für dringlicher halten. Und in der Tat ist es äußerst wichtig, für den Irak eine Nachkriegsordnung zu schaffen und in anderen Krisenregionen Konflikte im Vorfeld zu lösen, durch Dialog auf Regierungs- und Parlamentsebene und nicht durch militärische Gewalt.

Für diese Ziele der Tagung wünsche ich Ihnen im Namen der Münchner Bevölkerung von Herzen viel Erfolg. Aber die Fragen, die der Krieg im vergangenen Jahr aufgeworfen hat, dürfen nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Diese Fragen lauten: Wie konnte es in der bedeutenden Frage von Krieg und Frieden zu einer Irreführung der Weltöffentlichkeit kommen? Ist es nicht höchste Zeit, zu dem Grundsatz zurückzukehren, dass militärische Gewalt nur im Auftrag der Vereinten Nationen oder zur Abwehr

der Weltgesellschaft so hoch geworden ist, dass die herkömmlichen Methoden der zwischenstaatlichen Beziehungen, die strengen Regeln der Diplomatie folgen, nicht mehr ausreichen, um die Dynamik der Beziehungen zu erfassen. So treffen sich die Militär- und Rüstungsfachleute zwanglos, tragen unverbindlich Meinungen vor und sehen, wie andere reagieren. Im Planspiel der höheren Stäbe kommt es Teilnehmergruppen zu, den Feind, den Freund usw. zu repräsentieren. Hier hingegen sind die Figuren echt, so dass die Ergebnisse realistischer werden.

Übel ist auch, dass alles in aller Öffentlichkeit abgespult wird und doch geheim bleibt. Zur Verständigung dieser Fachleute genügen Andeutungen, ein so-tun-als-ob, den Rest macht das geschulte Vorstellungsvermögen. Die Ausdeutung des Geschehens durch das breite Publikum, dessen Schicksal hier besprochen wird, ist schwierig und fehleranfällig. Wenn aber geschehen ist, was verabredet wurde, ist alles sonnenklar und war von Anfang an: öffentlich bekannt. Das Verfahren taugt dazu, die Verantwortung auf die Öffentlichkeit abzuwälzen und diese gleichzeitig auszuschalten.

Die jahrelangen Aufklärungsaktionen haben ein Gefühl für diese Dinge geschärft. Große Teile der Öffentlichkeit fühlen sich unzulässig in Anspruch genommen. Eine wachsende Zahl sieht die Konferenz als Ausgangspunkt und Organisationsmittel für Kriege.

eines Angriffs angewandt werden darf? Haben wir nicht allen Anlass, uns international auf die Stärke des Rechts zu verständigen statt auf das Recht des Stärkeren? Die Autorität dieser Konferenz wird auch davon abhängen, ob auf diese Fragen überzeugende Antworten gegeben werden.

Auch Kritiker des Krieges leugnen nicht, dass er die Schreckensherrschaft eines verbrecherischen Tyrannen und damit viel Leid verfolgt und unterdrückter Bevölkerungsgruppen beendet hat. Den Terrorismus konnte er aber nicht beenden. Der Terror hat seit dem Kriegsende mehr Opfer gefordert als zuvor der Krieg. So gibt es nach dem vergangenen Jahr viele Aufgaben, die von der Völkergemeinschaft möglichst einvernehmlich gelöst werden müssen:

Den Terror beenden, in der Region und weltweit!

Das zerstörte Land wieder aufbauen!

Nach der Diktatur stabile demokratische Verhältnisse schaffen!

Um solche Aufgaben anzugehen, kann eine Konferenz sehr hilfreich sein, an der Befürworter und Kritiker des Krieges aus NATO-Ländern zusammentreffen, aber auch Regierungen der Region und anderer Erdteile vertreten sind. Aus solchen Kontakten können sich durchaus Sicherheitspartnerschaften ergeben.

Traditionell sind auf dieser Konferenz

Und was eint die Teilnehmer dieser Veranstaltung? Vor allem anderen die Annahme, Probleme seien durch Gewalt zu moderieren oder gar zu lösen. Obwohl sie den berühmten Ausspruch des preußischen Generals und Kriegswissenschaftlers v. Clausewitz immer wieder herbeten, wonach der Krieg als Fortsetzung der Politik unter Einmischung anderer, militärischer Mittel zu begreifen sei, repräsentieren sie die unabhängige, gleichsam wild gewordene Logik der Gewaltmittel. Deswegen würde eine Öffnung der Veranstaltung für Repräsentanten zivilen Denkens stark stören. Insoweit hat der Vorschlag des Münchner Oberbürgermeisters etwa für sich. Aber was hat er gegen sich? Zum Beispiel die ganze Bundesregierung, die Landtagsfraktion der SPD, die USA, die Nato. Es wird so nicht kommen. Da wäre es doch besser, das Naheliegende zu tun und in der Stadtrats-SPD für eine Mehrheit zu kämpfen, die sagt: Wir wollen diese Konferenz nicht mehr! Das gäbe anderen Städten die Chance zu sagen: „Wir auch nicht“ und öffnete weiterer Bürgerbeteiligung die Tür.

Angeichts der groß angelegten, ganze Weltteile umspannenden Kriegspläne, die zur Zeit wuchern, mögen solche Gesten irgendwie fruchtlos erscheinen. Die Verweigerung ist jedoch der erste Schritt zum Widerstand, und Kommunen, die sich verweigern, sind eine kleine, aber gute Nachricht im Kampf gegen die kriegsführenden Staaten der Nato. maf

auch Rüstungsfirmen vertreten. Sie haben ein wirtschaftliches Interesse daran, dass immer modernere Waffensysteme gekauft werden. Die Branche hat Hochkonjunktur. Kriege schaffen aber nicht nur Absatzmärkte für Waffenproduzenten,

sie sind Reaktion auf einen Bruch des Völkerrechts oder stellen selber einen dar, – sie verletzen und töten Menschen, – sie gehen mit Menschenrechtsverletzungen einher, – sie lassen verwaiste oder verstümmelte Kinder zurück,

– sie lösen Flüchtlingsströme aus, – sie zerstören kulturelle Werte.

Zu einer internationalen Konferenz, die Kriege vermeiden und Kriegsfolgen bewältigen will, müssen deshalb meiner Meinung nach die Vereinten Nationen eingeladen werden und das Internationale Rote Kreuz und amnesty international und UNICEF und der Hohe Kommissar für das Flüchtlingswesen und die UNESCO.

Es würde mich freuen, in künftigen Jahren auch Repräsentanten dieser Organisationen begrüßen zu können.

Ich wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen im Sinne der Friedenssicherung und des Aufbaus demokratischer Strukturen, wo auch immer wir sie heute noch vermissen müssen.

www.muenchen.de/ru

Kommentar

An den Stadtrand mit der Konferenz!

Ist die Sicherheitskonferenz pure Geldverschwendung? Die Gewerkschaft der Polizei stellte diese Behauptung schon auf, bevor die Außenminister und Sicherheitspolitiker überhaupt nach München angereist waren. Und natürlich meinte sie damit nicht das Treffen selbst (dessen inhaltliche Ergebnisse manche Teilnehmer und Beobachter als interessant bezeichnen), sie meinte den maßlos teuren und aufwändigen Polizeieinsatz, der jedes Jahr wieder nötig ist, um die Konferenz mitten in der Münchner Innenstadt zu ermöglichen. Die Kritik daran ist vollkommen berechtigt.

Es hat ja schon beinahe rituellen Charakter: Das Stadtbild wird dominiert von den Farben grün-weiß; an jeder Ecke stehen Polizeiautos mit Nummerschildern aus dem Rest der Republik; Absperungen, bewaffnete Beamte, Kontrollen von Passanten mit Einkaufstaschen – eine Stadt im Ausnahmezustand. Auch diesmal forderte das Münchner Polizeipräsidium Verstärkung von Auswärts an – was bleibt ihm anderes übrig? Man mag, wie in den Jahren zuvor, von einem überdimensionierten Einsatz sprechen. Aber was wäre, wenn gerade in diesem Jahr die militanten Demonstranten sich besonders schlagkräftig zusammengedrängten hätten? Die Kommunikationswege über das Internet sind heute andere, die Mobilisierung ist effektiver – das macht es für Polizisten und Staatsschützer so schwierig, die Situation richtig zu beurteilen. Reisen militante Gruppen an? Wo kommen sie her, was haben sie vor? Die Polizei muss mit allem rechnen.

Das Problem ist nicht die Konferenz, das Problem ist der Ort. Warum, bitte, muss die Tagung mitten in der City stattfinden? Hochrangige Militärs und Politiker treffen sich im besten Hotel der Stadt; ihre Entourage genießt *beautiful Munich* – und die halbe Stadt muss dafür abgesperrt werden, Geschäftsleute machen weniger Umsatz, 4000 schlecht bezahlte Polizisten schlagen sich ein Wochenende um die Ohren. Viele Menschen empfinden das als Ärgernis. Der Veranstalter Horst Teltschik verweist darauf, bei dem prominenten Ort handele es sich um „eine Tradition“. Wenn ihm kein besseres Argument einfällt, müsste man allmählich darüber nachdenken, wohin man die Tagung verlegen könnte.

Eine Sicherheitskonferenz, die zum Beispiel in einem der großen Hotels am Stadtrand über die Bühne geht, wäre mit viel weniger Aufwand verbunden; auch das Messegelände in Riem bietet sich an. Zugegeben, der Rahmen wäre dann nicht mehr so repräsentativ. Aber das ist – angesichts des Gegenstands der Verhandlungen – vielleicht auch ganz angebracht.

Arno Makowsky

Konkurrenzvorteil mit längerer Arbeitszeit?

Die nächste Verhandlung, bei der sich vielleicht entscheiden wird, ob der Unternehmerverband und die Gewerkschaften in einen Kampf mit längerem Streik eintreten werden oder ob die IG Metall rasch mit einem Kompromiss zu ihren Lasten abschließen muss, liegt nach unserem Redaktionsschluss. Wir stellen daher die Positionen von Gesamtmetall und IG Metall noch einmal dar; daraus wird ersichtlich, dass es nicht so leicht wird mit einer Übereinkunft.

Der Vorschlag von Gesamtmetall: die Arbeitszeit darf mit der Begründung Wettbewerbsvorteil betrieblich bis auf 40 Stunden verlängert werden; die monatliche Lohnzahlung soll sich dadurch nicht ändern müssen. Das heißt, es wären bis zu fünf Überstunden pro Woche zu leisten, je nach betrieblicher Vereinbarung ohne Bezahlung, mit teilweiser Bezahlung

oder sogar auch mal mit Zuschlag. Als Musterbeispiel, vereinbart mit dem Betriebsrat und mit Zustimmung der IG Metall, führt Gesamtmetall die HDW-Werft an, wo durch solch eine Regelung koreanische Konkurrenz über den Preis aus dem Feld geschlagen worden sei (siehe Gegenüberstellung unten).

Zum ersten fällt auf, dass die BRD-Metallindustrie also jetzt versucht nicht über höhere Produktivität und Qualität zu konkurrieren, sondern über eine Extensivierung der Arbeit. Das hängt wohl damit zusammen, dass die Produktivitätsvorsprünge der BRD-Industrie gegenüber einer Reihe von anderen Industrieländern geschrumpft sind – wie das ja auch die klassische (bürgerliche oder marxistische) Ökonomie voraussagt. Auch die Qualität ihrer Produkte ist keine Größe, die eine Industrienation auf Dauer gepachtet hat. Das hat es zwar auch in der Vergangenheit schon gegeben, aber dass nicht der Weg der Innovation und weiteren Produktivitäts- und Qualitätsverbesserung gegangen wird, sondern eher Ausdehnung der Mehrarbeit,

lässt auf eine gewisse Verzweiflung im Unternehmerlager schließen – dauerhafte Konkurrenzvorteile werden daraus aber kaum entstehen.

Das zweite hängt mit dem ersten zusammen. In vielen Betrieben waren Überstunden ein Mittel, unzureichende Produktivität auszugleichen und abzuf puffern. Die IG Metall hat dagegen nie ernsthaft was unternommen, etwa Beschränkungen oder gar ein gesetzliches Verbot wurden nicht angestrebt, weil das zusätzliche Einkommen aus Überstunden im Grunde Teil der Lohnstrategie der Gewerkschaft war.

Jetzt sagt Gesamtmetall frech, das Einkommen bleibt ja gleich, auch wenn länger gearbeitet wird: Das Kapital würde die Mehrarbeit abschöpfen; der Beschäftigte hätte davon angeblich die Sicherung der Beschäftigung. Dass bei längerer Arbeitszeit allerdings auch die Arbeitskraft stärker verausgabt wird und daher längere Arbeitszeit ohne höhere Bezahlung Beraubung darstellt, sollte die IG Metall vielleicht auch noch erwähnen.

alk

Argumente und Gegenargumente: IG Metall contra Gesamtmetall zum Thema 40-Stunden-Flexi

Gesamtmetall	Dazu die IG Metall	Und nochmal Gesamtmetall
Bereits ganz oft hat die IG Metall längeren betrieblichen Arbeitszeiten zugestimmt. Bei der HDW-Werft etwa leisten die Beschäftigten 276 zusätzliche Stunden ohne Bezahlung mit Zustimmung der Gewerkschaft, um den Großauftrag zu bekommen.	„Der Fall HDW belegt nicht, wie sinnvoll längere unbezahlte Arbeitszeiten sind. Sondern er ist ein Beispiel dafür, wie solche Vereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien als Kompromiss geschlossen werden können – aber nicht, indem Geschäftsleitungen die Betriebsräte einseitig unter Druck setzen und erpressen.“	Wir verwenden den Fall HDW nicht als Beispiel gegen die IG Metall, sondern als Beispiel dafür, wie durch Kostensenkungen ein Großauftrag an Land gezogen werden kann, ohne dass die Mitarbeiter am Monatsende weniger Geld bekämen oder gar entlassen würden.
Das Arbeitsvolumen ist Dreh- und Angelpunkt für die Wettbewerbsfähigkeit. Es beeinflusst Entwicklungstempo und Lohnstückkosten. Das ist entscheidend dafür, wie sich die Wirtschaft in den nächsten Jahren entwickeln wird.	„Nicht die Dauer der Arbeitszeit ist entscheidend, sondern die Produktivität – also das, was pro Stunde erwirtschaftet wird. Die Produktivität liegt in Deutschland höher als in anderen Industrieländern. Der Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft liegt in Qualifikation der Belegschaften und Innovation, nicht in der Verlängerung von Arbeitszeiten.“	An neuen Produktionsanlagen können heute europaweit etwa die gleichen Produktivitäten erwirtschaftet werden. So erreicht beispielsweise das polnische Werk eines Automobilzulieferers 80 % des deutschen Werkes. Deshalb kommt es sehr wohl auf die Lohnkosten je Stunde an. Diese möchten wir mit Hilfe der längeren Arbeitszeit senken.
Jeder einzelne muss seine Leistungsbereitschaft und seine Arbeitszeit deutlich steigern.	„Längere Arbeitszeiten führen nur kurzfristig zu einem Wettbewerbsvorteil. Im globalem Maßstab haben sie nur einen Verdrängungswettbewerb zur Folge. Wenn in einem Land Arbeitszeit und Produktion hochgefahren werden, ziehen andere Länder nach. Kostenträchtige Überkapazitäten können die Folge sein, weil es für die zusätzlich produzierten Güter gar keinen Markt gibt.“	Längere Arbeitszeiten, die zur beschleunigten Produktentwicklung und/oder zu Senkung der Produktionskosten führen, stimulieren den Auftragseingang. Außerdem: Die globale Nachfrage ist keine feste Größe, attraktive neue Angebote schaffen Einkommen und Nachfrage.
Nach den geltenden Tarifverträgen kann das Arbeitszeitvolumen auf bis zu 29 Stunden abgesenkt werden. Es muss aber auch die Möglichkeit geben, Arbeitszeiten zu verlängern.	„Die Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ist dazu da, Beschäftigung zu sichern. Das funktioniert auch – siehe VW und Opel. Es ist aber eine Reaktion auf Absatzprobleme – und damit etwas ganz anderes, als fehlende Nachfrage durch billigere Produktion auffangen zu wollen. Das kann nicht gelingen. Die Arbeitszeit kann schon heute nach oben ausgedehnt werden, indem über Gleitzeitkonten Zeitguthaben aufgebaut werden. Tarifverträge stehen dem nicht im Wege.“	Es ist richtig, dass wir mit dem Arbeitszeitkorridor 35–40 in erster Linie die Produktionsbedingungen am Standort verbessern wollen. Wir halten das für ein zentrales Anliegen der Tarifpolitik für 2004 und danach, weil wir nur auf diesem Weg unsere preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern können, ohne die Einkommen der Mitarbeiter anzutasten. <i>Diese (gekürzte) Übersicht ist zu finden bei: www.gesamtmetall.de</i>

Widerstand gegen die Apartheid-Mauer

„Sagt nicht, wir hätten es nicht gewusst!“ Unter dieser Losung demonstrierten am 7. Februar in Abu Dis bei Jerusalem mehr als 3000 Israelis und Palästinenser gegen die Mauer. Sie kritisierten sie als Gefängnis für Palästinenser und Ghetto für Israelis. Es war die bisher mit Abstand größte Demonstration gegen das Vorhaben der israelischen Regierung, die palästinensischen Autonomiegebiete – oder das, was davon übrig bleiben soll – gewaltsam abzutrennen.

In Abu Dis wird 24 Stunden am Tag an der brutalen Grenzmaschinerie aus über 8 m hohen Betonplatten gebaut. Die israelische Regierung will Fakten schaffen, bevor der Internationale Gerichtshof, von der UNO-Vollversammlung beauftragt, Stellung zum Verlauf der Mauer mitten durch das Westjordanland nimmt.

Gerade in Abu Dis wird deutlich, was die Mauer bewirkt: Sie trennt Bauern von ihrem Land, Lehrer von ihren Stu-



dent, schneidet Land von Wasserstellen ab, reißt Wohngebiete auseinander, teilt Familien. Und sie zerstört das Gesundheitswesen. Schon jetzt leiden die 15.000 Menschen zwischen der Grenze zu Israel und der Mauer besonders unter dem Bau, erklärt Mustafa Barguti, Arzt und Vorsitzender der palästinensischen Hilfsdienste (UPMRC). Nach ihrer Fertigstellung im nächsten Jahr wachse die Zahl der direkt Betroffenen auf ca. 440.000 an. Viele Menschen werden dann die Arztpraxen auf dem Lande nicht mehr erreichen können. Vor allem werden sie von weiterführender medizinischer Behandlung, die nur in den Städten verfügbar ist, abgeschnitten. Die UPMRC will deshalb mit dem Ausbau mobiler Kliniken beginnen, um den Menschen in den isolierten Zonen mit ambulanten Hilfsdiensten beistehen zu können. Trotzdem rechnet sie mit der Ausbreitung chronischer Krankheiten, weil diese nicht mehr genügend behandelt werden können. Allein im Gebiet um Ramallah werden von der unpassierbaren Sperranlage über 33.000 chronisch kranke und 17.500 behinderte Palästinenserinnen und Palästinenser betroffen sein.

Schon jetzt sind viele Menschen aus den betroffenen Gebieten geflohen. Sie verlieren ihre Wohnungen, ihr Land, ihre Arbeit.

scc

EU-Erweiterung und Kerneuropa-Drohung

Deutsch-tschechische Beziehungen Anfang 2004

Von Renate Hennecke

Am 1. Mai werden bekanntlich zehn neue Mitglieder in die Europäische Union aufgenommen. Der entsprechende Beschluss des Europa-Parlaments fiel Anfang Dezember 2002. Damit waren alle Bemühungen, für die Aufnahme der Tschechischen Republik die Aufhebung der sog. Beneš-Dekrete zur Vorbedingung zu machen, gescheitert. Prag würde, so viel stand fest, nicht zu einer Unterwerfungsgeste gegenüber dem deutschen Revanchismus genötigt werden. Gute Voraussetzungen also für eine positive Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen – sollte man meinen. Verschaffen wir uns einen Überblick, was seither die deutsch-tschechische Szene bewegt hat.

Anfang 2003. Internationales Hauptthema ist der Irak-Krieg. Die in diesem Kontext auftretenden Spannungen zwischen den größten EU-Ländern und den USA beunruhigen (nicht nur) Prag. Am 30. Januar unterzeichnet Präsident Václav Havel den sog. „Appell der Acht“. Mit ihm machen die Staats-/Regierungschefs von acht (später weiteren zehn) europäischen Ländern deutlich, dass eine Politik der Formierung Europas als Projekt gegen die USA die europäische Integration gefährdet. Insbesondere die mittelost- und osteuropäischen Länder legen, gerade angesichts ihrer bereits bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeit von den großen EU-Ländern (vor allem Deutschland), Wert auf eine Rückversicherung bei den USA. Diese Politik hat ihre Logik, gleichzeitig bedeutet sie die Entscheidung für die Teilnahme an einem völkerrechtswidrigen Krieg, der auch von der eigenen Bevölkerung abgelehnt wird.

Wegen ihres „ungezogenen“ Verhaltens werden die Unterzeichner des Appells von dem französischen Präsidenten Chirac abgekanzelt wie Schulbuben.

Februar. Die Wahl von Havels Nachfolger hat starke außenpolitische Aspekte: Im dritten Wahlgang siegt der neoliberale Ökonom Václav Klaus (ODS) über den Kandidaten der Regierungskoalition, den parteilosen Philosophieprofessor Jan Sokol. Wichtiger Faktor bei der Wahl ist die Haltung zu den Forderungen der SL: Von Sokol wird zu große Nachgiebigkeit erwartet, während Klaus dezidiert für die Resolution eintritt, mit der das Prager Parlament am 24. April 2002 einstimmig die Beneš-Dekrete und die aus ihnen hervorgegangenen Beziehungen als „unanzweifelbar, unantastbar und unveränderlich“ erklärt hat. Zweites außenpolitisches Minus für Sokol: Wenige Tage vor der Wahl hat er sich in einem Interview für eine gemeinsame europäische Regierung mit gemeinsamer

Außenpolitik und gemeinsamen Streitkräften ausgesprochen. Klaus dagegen vertritt das Konzept einer europäischen Konföderation mit einer gewissen Eigenständigkeit der beteiligten Staaten.

Ende März. Bernd Posselt eröffnet ein als gewerbliches Objekt verbrämtes Büro der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag. Demonstrativ spricht er von einer „sudetendeutschen Botschaft“, unterstreicht damit den Anspruch der SL, politische Vertretung „der Volksgruppe“ zu sein. Es hagelt Proteste. Die Prager Regierung sieht jedoch keine rechtliche Möglichkeit, gegen die „Firma“ vorzugehen.

April. In Athen werden die EU-Beitrittsverträge unterzeichnet. Wenige Tage später treffen sich in Brüssel die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien („Pralinengipfel“). Sie setzen sich für die Aufnahme von Bestimmungen in die EU-Verfassung ein, die einer Kerngruppe von EU-Staaten eine raschere militärische Integration erlauben und die anderen Länder zumindest zur Tolerierung verpflichten sollen. Außerdem sollen ein europäisches Kommando und eine europäische Rüstungsagentur geschaffen werden. Einige Tage vorher haben führende deutsche Militärs in einem Papier eine gemeinsame EU-Armee befürwortet und über die Beteiligung der Nicht-Atomarstaaten (sprich: Deutschlands) an den Entscheidungen über die französischen Atomwaffen nachgedacht. Der neue tschechische Präsident Václav Klaus bezeichnet die Vorschläge des Pralinengipfels als einen „gewissen Versuch, die Nato und die transatlantischen Bindungen zu schwächen und aus der EU eine Art Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu machen“. Dies nennt er „keineswegs produktiv, nützlich oder positiv“.

Pfingsten, 7./8. Juni. Beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg erklären die Festredner unisono, das Thema „Beneš-Dekrete“ werde auch künftig bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf den europäischen Tisch kommen. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber fordert aggressive Maßnahmen gegen die CR und Polen: „Wenn man gegenüber Menschenrechtsverletzungen klar und deutlich in Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo oder im Kongo das Wort ergreift, dann erwarte ich von solchen Politikern, die Deutschland repräsentieren, eine Gleichbehandlung der deutschen gegenüber allen anderen Menschenrechtsverletzungen in der Welt.“

13./14. Juni. Die Tschechen stimmen über den EU-Beitritt ab. Ergebnis: 77,3% Ja-Stimmen, Wahlbeteiligung 55%. Von den Wahlberechtigten haben sich also 41,73% für den Beitritt ausgesprochen. Viele Andere wissen nicht, ob sie dafür

oder dagegen sein sollen und sind zu Hause geblieben. Dem Misstrauen gegenüber einer deutsch dominierten Union steht der Wunsch gegenüber, sich nicht in bilateralen Beziehungen allein gegenüber dem mächtigen Nachbarn behaupten zu müssen.

Ende Juni ratifiziert der deutsche Bundestag die Beitrittsverträge mit allen zehn EU-Kandidaten mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen. Da der tschechische Premier Špidla kurz vorher die Beneš-Dekrete „aus heutiger Sicht unannehmbar“ genannt hat, stimmen auch die meisten CSU-Abgeordneten den Verträgen zu.

Juli. Von deutscher Seite kommen neue Vorstöße in Richtung Revision der Geschichte. Der SPD-Abgeordnete Markus Meckel tritt mit einem Aufruf für ein „europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, Zwangsaussiedlungen und Deportationen“ an die Öffentlichkeit. Erika Steinbachs „Stiftung ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘“ wirbt mit Zeitungsanzeigen für ihr Projekt in Berlin. Besonders letzteres stößt auf heftige Ablehnung. Mitte September erscheint das polnische Politmagazin Wprost („Direkt“) mit einer Titelmontage, die Bundeskanzler Schröder als trojanisches Pferd zeigt, geritten von Erika Steinbach in SS-Uniform. Steinbach bezichtigt in einem Interview mit der Rechts-außen-Zeitung „Junge Freiheit“ Markus Meckel, die Proteste in Polen bestellt zu haben.

Auf tschechischer Seite wird ein derartiges Zentrum, egal in welcher Variante, von der Regierung abgelehnt.

Der Aufruf „Für einen „kritischen und aufgeklärten Vergangenheitsdiskurs“ (s. DTN 53 und 54) findet in Tschechien große Aufmerksamkeit, während er von den deutschen Medien weitgehend ignoriert wird.

Parallel zu der Debatte über das Projekt Vertreibungszentrum und somit über Deutschlands Rolle in der Vergangenheit läuft die Auseinandersetzung über Deutschlands Rolle in der Zukunft. Im Vorfeld der EU-Regierungskonferenz, die am 4. Oktober 2003 in Rom beginnen und die endgültige EU-Verfassung verabschieden soll, wehren sich etliche alte und neue EU-Länder gegen Bestimmungen im Verfassungsentwurf, die eine Machtverschiebung zugunsten der Großen bedeuten. Für Mitte September hat Prag Vertreter von 15 „gleichgesinnten“ Ländern eingeladen, um ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren. Berlin fordert dem gegenüber mit Nachdruck, der vom EU-Konvent vorgelegte Entwurf müsse unverändert verabschiedet werden.

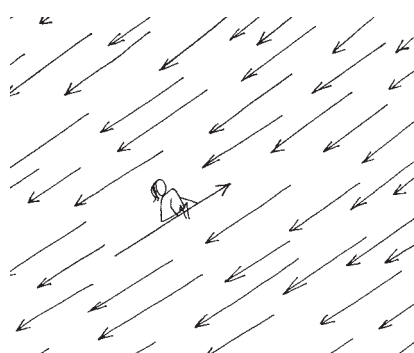
Ende August fährt Außenminister Fischer, am 5. September Kanzler Schröder nach Prag. Es ist die erste Kanzler-Visite, nachdem Schröder seinen für März 2002 geplanten Staatsbesuch abgesagt hatte, um den damaligen tschechischen Premier Miloš Zeman für unerwünschte

Äußerungen zur Rolle der Sudetendeutschen bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 („fünfte Kolonne Hitlers“) abzustrafen. Der jetzige Besuch soll Prag dazu bewegen, in Sachen EU-Verfassung klein bei zu geben. Schröder und Špidla erklären abwechselnd, die gegenseitigen Beziehungen seien so gut wie nie. Die Konferenz der „Gleichgesinnten“ findet statt und besteht auf der Möglichkeit, Änderungswünsche in die Verfassungsdebatte einzubringen. Weitere Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen werden nicht bekannt.

Anfang Oktober. Nach der Eröffnung der Regierungskonferenz in Rom wird rasch klar, dass es zu einer Verabschiedung der EU-Verfassung ohne Änderungen nicht kommen wird. Entscheidungen sind aber erst im Dezember beim Gipfel in Brüssel zu erwarten.

November. Eine tschechische Parlamentarierdelegation unter Leitung des Parlamentspräsidenten Lubomír Zaorálek besucht Berlin. Gegenüber seinen deutschen Gesprächspartnern und in einem Vortrag bei der Friedrich-Ebert-Stiftung spricht Zaorálek u.a. über die tschechisch-deutschen Beziehungen im erweiterten Europa. Als Ausgangsbasis nennt er die 1997 unterzeichnete tschechisch-deutsche Deklaration. Zaorálek gegenüber Radio Prag: „Die tschechisch-deutsche Erklärung beruhte u.a. auch auf dem Gedanken des Rechtsfriedens, wo sich jede Seite ihre rechtliche Position zu den schmerzlichen Punkten der Vergangenheit bewahren kann. Ich habe die Tatsache gewürdigt, dass die Mehrheit der Politiker auf beiden Seiten diese Vereinbarung respektiert haben und immer noch respektieren. Wenn wir jetzt Zeugen sind – das habe ich auch gesagt – dass jemand versucht, diese Vereinbarung aus dem Jahr 1997 auf irgendeine Weise wieder zu ändern oder zu verletzen – sei es durch das Vorhaben, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten, oder durch Äußerungen wie die des Herrn Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann u.ä., dann ist das etwas, was wir ablehnen müssen und was einen Störfaktor für all das darstellt, was sich für die Zukunft als ein ganz guter Weg für die Tschechen und die Deutschen erwiesen hat.“

Dezember. Der EU-Gipfel scheitert, die Verfassung wird nicht verabschiedet. Während bei den meisten strittigen Punkten im Laufe des November Kom-



promisslinien gefunden wurden, wird über den Abstimmungsmodus im Ministerrat keine Einigung erzielt. Berlin besteht ohne Abstriche auf seiner „doppelten Mehrheit“, wonach für Beschlüsse des Ministerrats die Stimmen der Mehrheit der EU-Länder erforderlich sind und diese mindestens 60% der EU-Einwohner repräsentieren müssen. Polen und Spanien beharren auf den für sie günstigeren Vereinbarungen von Nizza.

Der tschechische Premier Špidla erklärt vor und während der Konferenz mehrfach, seine Forderungen seien im Wesentlichen erfüllt und für Tschechien habe ein Erfolg des Gipfels grundsätzliche Priorität. Sein Kompromissvorschlag einer modifizierten „doppelten Mehrheit“ (Beschlussfassung im Ministerrat mit 60 statt 50% der Mitgliedsländer, die 60% der EU-Einwohner vertreten müssen) würde es den kleinen und mittleren EU-Mitgliedern erleichtern, eine Sperrminorität zu bilden. Der Vorschlag wird von niemandem aufgegriffen.

Die wiederholten Ankündigungen, nach dem Scheitern des Gipfels sei mit der Bildung eines „Kerneuropas“ zu rechnen, stellen für Špidla offenbar eine sehr gefährliche Drohung dar. Wiederholt lässt er erkennen, dass seine Regierung alles daran setzen wird, in einem solchen Falle mit zum „Kern“ zu gehören. Dabei mag er die berühmte Passage aus dem „Kerneuropa-Papier“ der CDU-Politiker Lamers und Schäuble von 1994 im Kopf haben:

„Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes muss eine stabile Ordnung auch für den östlichen Teil des Kontinents gefunden werden ... Die einzige Lösung dieses Ordnungsproblems, mit der ein Rückfall in das instabile Vorkriegssystem und die Rückkehr Deutschlands in die alte Mittellage verhindert werden kann, ist die Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn in das (west-)europäische Nachkriegssystem und eine umfassende Partnerschaft zwischen diesem und Russland ... Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen ...“

An der geschilderten Lage hat sich seit Dezember nichts verändert. Die deutsch-tschechischen Beziehungen „so gut wie nie“?

Die Linken und die Friedensbewegung in Deutschland konzentrieren sich bei ihrer Kritik an der EU zurzeit auf die Teile des Verfassungsentwurfs, die dem Ausbau der EU zur Militärmacht dienen. Diese müssen in der Tat unnachgiebig bekämpft werden. Es wird aber notwendig sein, sich auch damit zu befassen, was das Schlagwort „Kerneuropa“ konkret für uns und für unsere Nachbarn bedeutet.

Aus: dtn Nr. 54, Januar 2004



Der Streik der Beschäftigten dreier großer Einzelhandelskonzerne im südlichen Kalifornien dauert nunmehr mehr als vier Monate an. Wie mehrfach berichtet, kämpften die Beschäftigten u.a. von Subway für den Erhalt ihrer medizinischen Versorgung. Am 31. Januar fand mit über 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im kalifornischen Inglewood die bisher größte Demonstration zur Unterstützung des Streiks statt. Bild: Indymedia LA

Israel: Kommunalverwaltungen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst im Streik

Der israelische Gewerkschaftsbund Histadrut hat seine Mitglieder im gesamten öffentlichen Dienst zu einem unbefristeten Streik aufgerufen. Der Streik beginnt am 10.2. und soll alle Bereiche von der Müllabfuhr über die Kindergärten und Schulverwaltungen bis zu den Gesundheitseinrichtungen – hier wird lediglich ein Notdienst aufrechterhalten – erfassen. Mit dem Streik will Histadrut die Auszahlung der Löhne in 79 Kommunen erzwingen. Die Kommunalverwaltungen streiken bereits seit neun Tagen, mit Ausnahme der Verwaltungen in den 15 größten Städten des Landes, gegen die finanzielle Austrocknung der Kommunalfinanzen. Am 9.2. scheiterten die Verhandlungen zwischen den Kommunen und dem Finanzminister über staatliche Zuweisungen an die Kommunen. Die Kommunen fordern 4,22 Mrd. NIS (Neue Israelische Shekel, 1 Euro = 5,6 NIS), die Regierung will nur 1,9 Mrd. zahlen, davon 1,5 Mrd. über drei Jahre erstreckt. (Haaretz, 10.2.)

Slowakei: Bald Automobilproduzent Nr. 1?

Die Slowakei wird derzeit zu einem der drei weltweit größten Standorte für die Automobilproduktion ausgebaut. VW steigert die Produktion im Bratislaver Werk, Peugeot Citroen hat ein neues Werk im westslowakischen Trnava errichtet, und jetzt scheint auch der südkoreanische Konzern Hyundai eine weitere Großfabrik in der Slowakei bauen zu

wollen – die Entscheidung fällt Ende Februar. In keinem der anderen osteuropäischen Beitrittsländer sind die Durchschnittslöhne so niedrig wie in der Slowakei – im benachbarten Tschechien z.B. sind sie um rund 60% höher. Hinzu kommt, dass die slowakische Regierung ausländisches Kapital freigiebig fördert. So subventionierte die Regierung das Peugeot-Citroen-Werk und eine Fabrik von Hyundai in Zilina mit zusammen 15 Mrd. SKK, 370,4 Mio. Euro. (Radio Slowakei, DW)

Slowakische Elektrizitätswerke werden privatisiert

Die Regierung hat dem Verkauf eines 66%-Anteils der Slowakischen Elektrizitätswerke zugestimmt. Zunächst soll das Unternehmen als Ganzes zum Verkauf angeboten werden. Findet es keinen Käufer, sollen in der zweiten Runde Teile verkauft werden. Interessenten für das ganze Werk sind zurzeit ein russischer und eine tschechischer Konzern. E.ON sowie ein britisches und ein US-Unternehmen interessierten sich für den nicht-nuklearen Teil der Elektrizitätswerke. (Radio Slowakei, DW)

Ungarn: Importe steigen schneller als Exporte

Die ungarischen Exporte sind in den ersten elf Monaten des letzten Jahres um 7% gestiegen, die Importe dagegen um 10%. Die Einbindung in den europäischen Großwirtschaftsraum schlägt sich auch in dieser Statistik nieder: 75% aller Exporte gingen in die EU, wobei die BR Deutschland die größte Rolle spielt.

Während die deutschen Exporte nach Ungarn 2003 um 6,3% auf 9,9 Mrd. Euro stiegen, nahmen die ungarischen Exporte in die BRD um 1,6% ab, sie lagen 2003 bei 10 Mrd. Euro.

Polen: Überschuldung der Privathaushalte nimmt drastisch zu

Statistisch hat jede polnische Familie Schulden in Höhe von 7.700 Zloty (ca. 1.975 Euro), das sind mehrere Monatsgehälter. Die Gesamtsumme dieser privaten Schulden beläuft sich auf 25,5 Mrd. Euro, die Hälfte des Staatshaushaltes. Etwa 15% der Kredite, die Banken an private Haushalte vergeben, werden als so genannte „bedrohte Kredite“ bezeichnet, deren Tilgung nicht termingerecht erfolgt oder eingestellt wird. Das bedeutet, dass – statistisch gesehen – fast zwei Millionen polnische Haushalte Kredite bekamen, die sie nicht zurückzahlen können. Tatsächlich sind rund 1 Million Haushalte total überschuldet. Hauptursache ist die immer noch wachsende Arbeitslosigkeit. Die Erwerbslosenraten kletterte offiziell auf 20%.

Afghanistan: G7-„Aktionsplan“ für Marktwirtschaft

Die G7 – die sieben führenden Industriestaaten – haben am letzten Wochenende einen Aktionsplan verabschiedet, mit dem sie Afghanistan in die Marktwirtschaft führen wollen. Schon bis zu den Wahlen im Juni soll die Umsetzung „sichtbare und messbare Erfolge“ zeitigen. Das sagt eigentlich schon genug über den Plan, der äußerst vage und blumig ist und keine Angaben zur Höhe von Finanzhilfen macht.

Als „Gegenleistung“ verlangen die G7 von der afghanischen Regierung, gegen den Drogenanbau vorzugehen. Ein Vertreter der UN-Behörde gegen Drogen und Kriminalität (UNODC) in Kabul machte kürzlich zum Thema Opium-Anbau deutlich, dass Afghanistan vor einer äußerst kritischen Situation stehe. Wenn es nicht gelinge, den Bauern dauerhaft tragfähige Einkommensalternativen zu bieten, bestehe die Gefahr, dass die Opium-Wirtschaft alles untergräbt, was bisher an Fortschritten erreicht worden sei. In den zwei Jahren seit dem Sturz der Taliban ist die Opium-Produktion in die Höhe geschossen. Selbst in Regionen, in denen der Anbau bis dahin nicht üblich war, breite sich der Opium-Anbau aus, weil die Bauern in den armen, weitgehend rechtlosen Provinzen des Landes praktisch keine Alternative haben, so die UNODC. Nach UNODC-Schätzungen ist die Produktion 2003 gegenüber dem Vorjahr um 6% auf 3600 t gestiegen. Der Wert liegt bei ca. 2,3 Mrd. Dollar – zum Vergleich: Afghanistan exportiert nach Pakistan Waren im Wert von gerade 40 Mio. \$. (Quelle: Standard, 8.2.)

Zusammenstellung: scc

Im Rahmen des europaweiten Aktionstages „Legalisierung aller Papierlosen – Abschaffung von Lagern“ fanden in über 40 europäischen Städten Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen statt. Unter anderen in: Bremen, Frankfurt / Main, Göttingen, Nürnberg, Tübingen und Weimar, sowie u.a. in der Schweiz (Bern, Genf), Österreich (Wien), Frankreich (Paris, Marseille, Lyon, Calais), Großbritannien (London, Liverpool, Oxford), Spanien (Barcelona, Madrid, Malaga), Italien (Rom, Turin), Griechenland (Athen) und in Portugal (Lissabon). Hier Bilder von einer Aktion in München, am Samstag, 31.1.2004 vor Flüchtlingsunterkunft im Schwankhardtweg. Demonstranten zeigen dem Verwalter, Herrn Peter Vogt, symbolisch die rote Karte. Sie werfen im vor, unter den BewohnerInnen der Unterkunft Tag für Tag ein Klima der Angst zu erzeugen. Er schikanierte laut Aussagen von betroffenen Flüchtlingen die BewohnerInnen durch Vorenthaltung der Post, nächtliche Ausweiskontrollen in den Privatzimmern durch einen Sicherheitsdienst und verhinderte z.B., dass sich Flüchtlinge mit ihren LebenspartnerInnen in der Unterkunft treffen könnten. Durch Spitzel, die er sich mit Vergünstigungen gewogen halte, lasse er sich umfassend über alle Vorkommnisse im Lager informieren.



Internationaler Friedens-Aktionstag am 20. März – Beispiel Ramstein

RAMSTEIN. Wie schon der inzwischen „legendäre“ weltweite Aktionstag vom 15. Februar 2003 im Vorfeld des Irakkrieges, wurde der Aktionstag zum 1. Jahrestag des Kriegsbeginns mit der globalisierungskritischen Bewegung beim „Europäischen Sozialforum“ (in Paris) vereinbart. In vielen europäischen Hauptstädten und in den USA werden Aktionen stattfinden. In der Bundesrepublik gibt es sicher viele lokale Veranstaltungen sowie Demonstrationen in Berlin und anderen großen Städten. Einen besonderen Akzent setzt ein Trägerkreis aus Friedensorganisationen mit einem öffentlichen Appell in Form einer Zeitungsanzeige und dem Marsch zur US-Airbase/Atomwaffenlager Ramstein in der Pfalz. Ihre vier Forderungen lauten: „1. Wir wehren uns gegen einen kulturellen Rückfall auf die Stufe imperialistischer, zudem völkerrechtswidriger Angriffskriege in der Art des Irakkrieges.

2. Wir fordern die vollständige Herstellung der Autorität der UN zum Schutz des Friedens auf der Basis der Gleichheit und der Ebenbürtigkeit der Völker.

3. Wir verlangen, endlich die Erfahrung zu beherzigen, dass Krieg Terrorismus nicht besiegt, sondern nur verschärft. Stattdessen sind alle Anstrengungen geboten, in Krisenregionen die friedenswilligen Mehrheiten in ihrer Widerstandskraft gegen terrorismusbe-reite Minderheiten zu stärken.

4. Wir protestieren schärfstens gegen die Weigerung der Atomwaffenländer, ihren Abrüstungsverpflichtungen bis hin zur Abschaffung aller Atomwaffen aus dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) von 1970 nachzukommen – und erst recht gegen die Modernisierung bestehender atomarer Potentiale in allen Atomwaffenländern. Neue, kleine Atomwaffen senken die Hemmschwelle ihres Einsatzes.“

www.ippnw.de/Ramstein

Schwäbisch Hall lässt sich nicht erpressen – Naziaufmarsch verbieten!

SCHWÄBISCH HALL. Das Bündnis für ein buntes Hall ruft zu einer Demonstration am 6. März auf, außerdem liegt bei vielen Gruppen und Institutionen der Stadt eine Unterschriftenliste zur Vorlage beim Verwaltungsgericht aus. Ziel ist, den geplanten Aufmarsch rechtsradikaler Gruppen am 6. März in Schwäbisch Hall zu verhindern. In dem Flugblatt des Bündnisses heißt es: „In einem ‚Offenen Brief‘ an den Oberbürgermeister und den Haller Gemeinderat fordern zwei einschlägig bekannte Neonazis – Günther Deckert (Ex-NPD Bundesvorsitzender) und Lars Käßler (Volksgemeinschaft) – Ende 2003 die Streichung des Vereinszuschusses an das soziokulturelle Zentrum Club alpha 60. In erpresserischer Manier drohen sie: ‚Sollten sie (der Gemeinderat) nicht zu einer anderen Einsicht kommen, dann kommen wir immer wieder mit Demonstrationen und Kundgebungen ... Hämmern, Hämmern – bis der Nagel sitzt!‘ Der Gemeinderat hat sich der un-

verschämten und erpresserischen Forderung der Nazis nicht gebeugt. Offensichtlich haben die Aufmärsche in Hall im Zusammenhang mit der Wehrmachtausstellung die Neonazis ermutigt, mit welchem geringem Aufwand man eine Stadt terrorisieren kann, sogar mit Polizeischutz und richterlichem Beschluss in der Tasche. Am 6. März haben die Nazis bundesweit erneut nach SHA zu einem Marsch aufgerufen. Ihr Schlachtruf im Internet: Multi-Kulti-Diktat in Hall brechen! Wir rufen dagegen alle Demokraten und Antifaschisten zu einer Demonstration am 6. März nach Schwäbisch Hall auf!

www.clubalpha60.de

Demonstration nach brutalem Mord durch vier junge Nazis

GERA. In der Nacht zum 21. Januar, wurde Oleg, ein 27-jähriger „Russlanddeutscher“, von vier jungen Nazis aus Gera und Umgebung brutal ermordet. Die Jugendlichen Christopher H. (14 Jahre), Martin F. (16), Denny B. (18) und Enrico W. (19) sind nach mehreren Zeugenaussagen eindeutig der rechten Szene zuzurechnen. Polizei, Staatsanwaltschaft, Stadt und Standortpresse wollen aber aber keinen politischen Mordhintergrund sehen. Dagegen demonstrierten am 1. Februar 2004 rund 250 AntifaschistInnen unter dem Motto „Naziterror stoppen – Wandelt Wut und Trauer in Widerstand“ durch die Geraer Innenstadt und den Stadtteil Bieblach-Ost. Lautstark wurde in Gera auf rechte Aktivitäten hingewiesen und der Aufbau

antifaschistischer Strukturen gefordert. In Erfurt und Dessau fanden anlässlich der bestialischen Gewalttat Spontandemonstrationen statt. Die politische Linke in Gera wird hingegen als Nestbeschmutzer gebrandmarkt: „Wir sind schockiert über die Kriminalisierung der Geraer AntifaschistInnen. Wir verurteilen zutiefst, dass ein Polizeidirektor in einem Interview die Menschen dazu aufforderte, einer antifaschistischen Gedenkdemo fernzubleiben und Oberbürgermeister Ralf Rauch im Nachhinein das Anliegen nach einer objektiven Berichterstattung und Aufklärung des wahren Mordmotives verunglimpft. Dies ist mehr als ein Skandal, dies ist offensichtliche Hetze gegen antifaschistisches Engagement.“

Infobüro Gera, www.aag.antifa.net

DGB-Erklärung zu Misshandlungen in der Berufsschule Hildesheim

HILDESHEIM. Die Misshandlungen, die ein Berufsschüler in Hildesheim wochenlang durch Klassenkameraden erdulden mussten, werfen aus Sicht des DGB ein dramatisches Schlaglicht auf die Situation der beruflichen Schulen und die beruflichen Perspektiven einiger der Schüler. Das Berufsvorbereitungsjahr, zu dem auch die Hildesheimer Schulklasse gehört, sei eine typische Warteschleife für die jungen Menschen, für die es keinen Ausbildungsplatz gebe. Aufgrund der kontinuierlich sinkenden Zahl an angebotenen Ausbildungsplätzen seien einige Gruppen unter den Jugendlichen von jeglicher beruflichen Perspektive abgeschnitten. Besonders betroffen seien junge Leute mit sprachlichen Problemen und schwachen schulischen Leistungen.

Sebastian Wertmüller vom DGB Südniedersachsen-Harz fordert, dass genau für diese besondere Ausbildungsangebote geschaffen werden müssten: „Die Betriebe stellen die Leute nicht ein, die Arbeitsämter fahren die außerbetriebliche Ausbildung gegen Null, Landesprogramme gibt es kaum noch: So bekommt man nie eine Integration in den Arbeitsmarkt hin!“ Stattdessen stecke man die Jugendlichen in schulische Warteschleifen wie Berufsvorbereitungsjahr und Berufsgrundbildungsjahr und täusche der Öffentlichkeit eine Versorgung der Ausbildungsplatzsuchenden vor. Verschärft werde die Situation noch durch die unzureichende Ausstattung der Berufsschulen. Wertmüller fordert mehr außerbetriebliche Ausbildungsangebote für junge Menschen. Solange die Wirtschaft ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht nachkomme, müsse man den Leuten auf andere Weise helfen: „Natürlich ist Berufsausbildung kein Heilmittel schlecht hin und ersetzt keine Sozialarbeit und keine Gewaltprävention. Aber nur ohne berufliche Perspektiven nützen pädagogische und soziale Angebote nur begrenzt.“ Außerdem weist Wertmüller in diesem Zusammenhang auf die Angebo-

te der DGB-Jugend hin: • „Für Demokratie Courage zeigen“ – Projektstage und Projektwochen gegen Gewalt und gegen Ausländerfeindlichkeit • Berufsschultage zu Demokratie, Teilhabe und Solidarität. Beide Angebote werden von jungen Teamerinnen und Teamern in Schulklassen in Südniedersachsen und im Harz durchgeführt, sie sind für die Schulen kostenlos!

www.dgb-suedniedersachsen-harz.de

Studierende besetzen eine Bertelsmann-Filiale in Hamburg

HAMBURG. Über 2.500 Studierende besetzten am 30. Januar 2004 auf einer Vollversammlung der Universität Hamburg die Fortsetzung ihrer Streikaktionen gegen die Hochschulpolitik. Tags zuvor besetzte die „AG Sozialer Ungehorsam“ der Uni HH eine Bertelsmann-Filiale, um gegen die Einflussnahme von Bertelsmann/CHE auf die Hochschulpolitik zu protestieren: „Auf Initiative dieses Konzerns und aus seinen Strukturen heraus, insbesondere über die Bertelsmann-Stiftung, wurde das Centrum für Hoch-

schulentwicklung (CHE) gegründet – ein Instrument zur Steuerung der Hochschulreformen mit Zielen, die weder altruistisch noch gemeinwohldienlich sind, sondern mit den Interessen des Konzerns selbst und sonstigen hochkonzentrierten Kapitals zu tun haben. So tritt das CHE für eine Hochschule ein, die sich dem Wettbewerb um finanzielle Mittel stellt, sowohl durch public-private partnerships als auch durch Studiengebühren.“

Antikriegsbewegung sowie für seinen Einsatz für das Autonome Zentrum (AZ) bekannt. Mit Schreiben vom 15.12.2003 wurde ihm nun vom Oberschulamt Karlsruhe mitgeteilt, dass das Innenministerium gegen seine Einstellung interveniert habe, weil Zweifel daran bestünden, dass er jederzeit Gewähr dafür biete, voll einzutreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Ein Termin für eine Anhörung wurde bislang noch nicht festgelegt. Da die Einstellung – laut Auskunft des Oberschulamtes – spätestens zum neuen Schulhalbjahr am 1. Februar 2004 vorgesehen gewesen wäre, tritt damit das Berufsverbot faktisch schon in Kraft, ohne vorher offiziell verhängt worden zu sein. Die einschlägigen Paragraphen wurden – abgesehen von der Abwicklung der DDR – seit über 20 Jahren nicht mehr angewendet, was dem laufenden Berufsverbotsverfahren gegen Michael Csaszkoczy eine besondere Brisanz verleiht. Ein Solidaritätskomitee ruft zu Protesten auf: Email: berufsverbot@rotehilfe.de (Fax: 062723559)

Berufsverbotsverfahren gegen Heidelberger Realschullehrer

HEIDELBERG. Der Realschullehrer Michael Csaszkoczy hatte sich seit Sommer 2002 um eine Stelle im Umfeld von Heidelberg beworben. Er ist in Heidelberg seit vielen Jahren für sein Engagement in antifaschistischen Gruppen und der



schulentwicklung (CHE) gegründet – ein Instrument zur Steuerung der Hochschulreformen mit Zielen, die weder altruistisch noch gemeinwohldienlich sind, sondern mit den Interessen des Konzerns selbst und sonstigen hochkonzentrierten Kapitals zu tun haben. So tritt das CHE für eine Hochschule ein, die sich dem Wettbewerb um finanzielle Mittel stellt, sowohl durch public-private partnerships als auch durch Studiengebühren.“

www.allefueralle-hh.de.vu

Gewerkschaften unterstützen Studentenproteste in Sachsen-Anhalt

MAGDEBURG. Der Vorsitzende des DGB Sachsen-Anhalt, Udo Gebhardt, sprach vor mehreren Tausend Studierenden des Landes, die sich zu einer Demonstration vor dem Landtag in Magdeburg versammelt hatten. Gebhardt rief dabei zu einem Bündnis gegen Sozialabbau in Sachsen-Anhalt auf. Am Rande der Veranstaltung begründete der Gewerkschafter sein Engagement gegen die Sparpläne im Hochschulbereich: „Die Landesregie-

Antikriegsbewegung sowie für seinen Einsatz für das Autonome Zentrum (AZ) bekannt. Mit Schreiben vom 15.12.2003 wurde ihm nun vom Oberschulamt Karlsruhe mitgeteilt, dass das Innenministerium gegen seine Einstellung interveniert habe, weil Zweifel daran bestünden, dass er jederzeit Gewähr dafür biete, voll einzutreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Ein Termin für eine Anhörung wurde bislang noch nicht festgelegt. Da die Einstellung – laut Auskunft des Oberschulamtes – spätestens zum neuen Schulhalbjahr am 1. Februar 2004 vorgesehen gewesen wäre, tritt damit das Berufsverbot faktisch schon in Kraft, ohne vorher offiziell verhängt worden zu sein. Die einschlägigen Paragraphen wurden – abgesehen von der Abwicklung der DDR – seit über 20 Jahren nicht mehr angewendet, was dem laufenden Berufsverbotsverfahren gegen Michael Csaszkoczy eine besondere Brisanz verleiht. Ein Solidaritätskomitee ruft zu Protesten auf: Email: berufsverbot@rotehilfe.de (Fax: 062723559)

www.kommunikationssystem.de

Der SPD-PDS-Senat steht unter massivem Druck und trickst

Im November letzten Jahres (PB 24/03) hatten wir über eine Kampagne für ein verbilligtes Arbeitslosenticket berichtet, die gewerkschaftlich organisierte Arbeitslose in Berlin Anfang November 2003 begonnen haben. Inzwischen hat sich die Auseinandersetzung weiter entwickelt. Die Arbeitslosen sammelten mit Unterstützung des DGB mehrere tausend Unterschriften. Gleichzeitig erhielten sie viel Unterstützung in der Öffentlichkeit. Die Medien berichten wohlwollend über das Anliegen und unterstützen die Forderung nach einem verbilligten Ticket für Menschen mit niedrigen Einkommen. Der Gedanke, dass auch Menschen mit wenig Einkommen ein Recht auf Mobilität haben, findet Unterstützung auch über die Gewerkschaften hinaus. Sozialverbände, Studierende und Umweltschutzverbände wie der BUND und die „Grüne Liga“ unterstützen die Forderung nach einem ermäßigten Sozialticket.

Bereits kurz nach Beginn der Kampagne brachten die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU Anträge auf ein verbilligtes Ticket für Menschen mit niedrigen Einkommen im Abgeordnetenhaus ein. Selbst die Abgeordnetenhausfraktion der regierenden SPD sprach sich für ein solches Ticket aus. Der Senat dagegen, insbesondere Verkehrssenator Strieder, Bürgermeister Wowereit und Finanzsenator Sarrazin (alle SPD), lehnt jeden Landeszuschuss für ein solches Ticket strikt ab und verwies lange Zeit einfach lakonisch auf die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Die entscheide über die Preise. Gleichzeitig beschloss der Senat, seine Zuschüsse für die BVG weiter zu verringern, und drängte so auch dieses Landesunternehmen in eine Politik des Tarifbruchs, von Lohnsenkung und Entlassungen.

Die Leitung der BVG beschloss unter Verweis auf die sinkenden Zuschüsse des Landes Mitte Dezember 2003 trotz Protesten der Arbeitslosen ein neues Preissystem, dass das Sozialticket („S-Ticket“) zum 1.1.2004 gestrichen hat und zum 1. April alle Fahrpreise erneut anhebt. Gleichzeitig soll zu diesem Zeitpunkt auch das verbilligte Rentnerticket und das ermäßigte Ticket für Arbeitslosenhilfebezieher, das sogenannte „A-Ticket“, ebenfalls ersatzlos wegfallen.

Trotz dieser Beschlüsse haben die Arbeitslosen im DGB ihre Kampagne weiter geführt. Mit Briefen an die Bezirksbürgermeister und weitere öffentlichen Aktionen versuchten sie, weitere Unterstützung für ihre Forderung zu gewinnen.

Mit Erfolg: inzwischen haben mehrere Bezirksbürgermeister dem DGB geantwortet und bekräftigt, dass auch sie die Forderung nach dem Sozialticket unterstützen. Ihr Grund ist schlicht finanziell: ohne solch ein ermäßigtes Ticket müssen die Sozialämter mit den Mitteln der Bezirkshaushalte Sozialhilfeempfängern Fahrtkosten erstatten, wenn diese regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel benutzen müssen (etwa für sog. „gemeinnützi-

ge Arbeit“) und wenn ihre Aufwendungen höher liegen als ca. 20 Euro im Monat. Mehr nämlich, so haben es Sozialgerichte mehrfach festgestellt, können Sozialhilfebezieher mit ihrem niedrigen Einkommen nicht bezahlen.

Am 24. Januar bekräftigte dann die mit ca. 120 Teilnehmern sehr gut besuchte „1. Arbeitslosenkonferenz der Berliner Gewerkschaften“ erneut die Forderung nach einem ermäßigten Sozialticket. PDS-Sozialsenatorin Knacke-Werner, die sich mehrfach für ein 39 Euro teures Monatsticket ausgesprochen hatte – in den Augen der Arbeitslosen ist das viel zu teuer –, sagte daraufhin zu, gemeinsam mit Wirtschaftssenator Harald Wolf mit dem Vorstand der BVG verhandeln, um diesen doch noch zur Einrichtung eines solchen verbilligten Tickets zu bewegen. Am 28. Januar verkündete daraufhin der

<http://de.indymedia.org/2004/01/72805.shtml> – von kameratante – 25.01.2004 00:25

Berlin geht zu Fuß – Aktion am Alexanderplatz

Seit dem 1. Januar hat Berlin kein Sozialticket mehr. Senioren- und Arbeitslosenticket sollen folgen. Gegen diese soziale Schweinerei von Senat und öffentlichen Verkehrsbetrieben gingen heute Aktivisten auf die Straße/Schiene.



Senat, die BVG habe in Gesprächen mit Wirtschaftsminister Harald Wolf (PDS), der zugleich als Vertreter des Landesvorsitzenden der sog. Gewährträgerversammlung der BVG ist, und mit Heidi Knacke-Werner prinzipiell der Wiedereinführung eines solchen Sozialtickets zugestimmt. Aber erst 2005, und zu welchem Preis, ist auch noch offen.

Wir dokumentieren eine wenige Tage vor der Arbeitslosenkonferenz des DGB veröffentlichte gemeinsame Erklärung des Erwerbslosenausschusses der Gewerkschaft ver.di mit Vertretern der Beschäftigten der BVG und anderer Einrichtungen.

har, rül

Gemeinsame Erklärung für den Erhalt des Öffentlichen Nahverkehrs als kommunale Aufgabe und für den Erhalt der Sozialtickets

Seit Januar 2004 gibt es für Sozialhilfeempfänger das bisherige S-Ticket von 20,40 Euro nicht mehr. Der Senat hat die Zuschüsse für das S-Ticket in Höhe von ca. 17 Millionen Euro gestrichen.

Ab April 2004 wird Erwerbslosen, die Arbeitslosenhilfe erhalten, das A-Ticket (23,50 Euro) und Rentnern die Seniorenkarte (39,50 Euro) genommen.

In Berlin sind etwa 400.000 Menschen Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfeempfänger, mehr als eine halbe Million Menschen leben hier unter der Armutsgrenze, darunter Zehntausende allein erziehende Frauen. Die neuen Gesetze zur „Reform“ des Arbeitsmarktes mit der drastischen Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe auf und unter Sozialhilfeniveau ab 2005 werden diese Armut noch drastisch erhöhen.

Sozialhilfeempfänger, Erwerbslose und Senioren wollen nicht ausgegrenzt werden! Sie wollen ihr Recht auf Mobilität behalten! Das „Angebot“ des 10-Uhr-Tickets für 49,50 Euro ist ein Hohn. Und es ist entwürdigend, wenn Sozialhilfeempfängern zugemutet wird, jeden einzelnen Fahrweg zu beantragen. Wut existiert darüber, dass ausgerechnet der SPD/PDS-Senat eine Politik gegen seinen eigenen Wählerauftrag verfolgt!

Seit August 2003 wissen wir: der Vorstand der BVG will fast ein Drittel der Arbeitsplätze abbauen und gleichzeitig die Löhne und Gehälter um bis zu 30% senken. Der BVG-Vorstand folgt Senator Peter Strieder, der die Anstrengungen forciert, die BVG „in den Wettbewerb“ zu bringen und sich damit den EU-Richtlinien unterwirft. Ganze Bereiche wie die EDV sollen „ausgelagert“ werden, damit von billigeren Arbeitskräften die gleichen Aufgaben fortgeführt werden. Als erstes sollen die Busstrecken ausgelagert werden.

Diese Pläne werden auf den Tisch gelegt, obwohl von etwa 28.000 BVGLern im Jahr 1992 heute nur noch 12.500 übrig geblieben sind, die Zahl der Mitarbeiter hat

sich in 10 Jahren also mehr als halbiert. Bei fast gleich gebliebener Verkehrsleistung fahren die OmnibusfahrerInnen statt damals 12.000 km heute 20.000 km pro Jahr.

Soll den Beschäftigten der BVG wirklich Kürzungen, die sich auf mehr als ein Viertel des heutigen Lohnes oder Gehaltes summieren, zugemutet werden? Können die Kollegen der BVG und die arbeitende Bevölkerung hinnehmen, dass in unserer Stadt weiter Entlassungen passieren, wo doch fast 300.000 Menschen erwerbslos sind und Jahr um Jahr die Zahl der Arbeitsplätze sinkt?

Sollen die Beschäftigten der BVG und die Berliner Bevölkerung, die Fahrgäste der BVG, hinnehmen, dass die Verkehrsbetriebe dereguliert und privatisiert werden? Alle Erfahrungen zeigen: das führt zur Stilllegung „unrentabler“ Strecken und damit Einschränkung des Angebots in der Fläche, das geht zu Lasten der Sicherheit der Fahrgäste und der Gesundheit des Personals, und es führt zu Fahrpreisen, die es Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und Rentnern unmöglich macht, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen.

Eine flächendeckende, sozial verantwortliche Versorgung der Berliner Bevölkerung hat keinen Platz in Bilanzen privater Aktiengesellschaften! Aber öffentliche Versorgung darf man nicht nach Profit „durchrechnen“!

Ernst Reuter hat Mitte der 20er Jahre als Berliner Verkehrstadtrat dafür gesorgt, dass die vielen kleinen Verkehrsbetriebe in Berlin unter dem Dach einer Gesellschaft zusammengeführt wurden. Können wir heute wirklich hinnehmen, dass ein SPD-geführter Senat die Zerschlagung der BVG betreibt?

Berlin braucht den Erhalt des Öffentlichen Nahverkehrs als gesellschaftliche Aufgabe!

Deshalb erklären die Unterzeichner:

Der sozialdemokratisch geführte Senat muss sofort eine Umkehr seiner Politik einleiten:

- Erhalt der BVG als öffentlicher, sozialer und ganz Berlin versorgender Nahverkehrsbetrieb!
- Sofortiger Stopp der Privatisierungspläne im Öffentlichen Nahverkehr und keine weiteren Aus-, Um- und Neugründungen bei der BVG!
- Kein weiterer Arbeitsplatzabbau, keine Lohn- und Gehaltskürzungen bei der BVG!
- Rücknahme der Streichung der S- und A-Tickets und der Seniorenkarte! Ermäßigte Einzel- und Tagesfahrtscheine für Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfänger!

Unterzeichner: Erwerbslosenausschuss im ver.di-Bezirk Berlin; ver.di-Betriebsgruppenvorstand der BVG; ver.di Betriebsgruppenvorstand Charité Virchow und Mitte; Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, Kreisvorstand Charlottenburg/Wilmersdorf

Streit um Frauenbadetag in München

Saubermänner

Oder: Von den Wonnen eines türkischen Bades und den Qualen der Harlachinger CSU

Dass die Germanen und Bajuwaren nicht gerade Anhänger einer ausgeprägten Hygiene- und Badekultur waren, ist bekannt. Vielmehr waren es die Völker im Mittelmeerraum, die sich und ihre Thermalquellen pflegten, die prächtige Badehäuser bauten usw. „Türkisches Bad“ z.B. ist geradezu ein Synonym für Hygiene und körperliches und seelisches Wohlbefinden. Gäbe es da nicht einen sehr ernst zu nehmenden rassistischen Hintergrund, frau und auch mann könnte das, was sich in den letzten Monaten in Harlaching abgespielt hat, als Provinzposse abtun. Was ist geschehen?

Vorgeschichte – Seit langem gibt es in der Schulschwimmhalle des Heinrich-Heine-Gymnasiums in Neuperlach einen Frauenbadetag. Er wurde begeistert angenommen, platzte in letzter Zeit aus allen Nähten. Naheliegender, dass die Stadtwerke München eine Alternative suchten und fanden: Das städtische Hallenbad in Harlaching. In Deutschland gibt es übrigens in 300 Städten Schwimmbäder mit einem Frauenbadetag. Nichts Besonderes also, sollte frau meinen, dass in einer Millionenstadt wie München dafür zwei Bäder ihre Pforten öffnen. In Harlaching sollte zunächst ein Probelauf starten, beginnend im September 2003, endend im Februar 2004.

Die Beliebtheit von Frauenbadetagen – Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, in dem besonders viele Türkinnen und Türken leben, ist bekannt. Dass die Frauen ihrer muslimischen Kultur und auch der Tradition der berühmten – übrigens auch gern von deutschen TouristInnen aufgesuchten – türkischen Bäder entsprechend nicht zusammen mit Männern baden, auch. Aber auch viele deutsche Frauen finden es angenehm, ungestört den Spaß des Badens und Schwimmens zu genießen, ohne taxierende Männerblicke auf ihrem Körper zu spüren, ohne wild schmetternden („Bahn frei, jetzt komm ich!“-)Typen ausweichen zu müssen.

... und ihre Unbeliebtheit bei der Harlachinger CSU – Jeden 2. Samstag im Monat ab 13 Uhr ist also seit September 2003 im Schwimmbad Harlaching Frauenbadetag. Für die CSU-Stadträte Dr. Rainhold Babor und Manuel Tretzl schon von Haus aus (feminismus-) verdächtig. Dass aber beim ins-Schwimmbad-Gehen darüberhinaus noch viele Musliminnen beobachtet wurden, schlug dem Fass den Boden aus... Die CSU stellte einen der Ihren ab, der sich vor das Schwimmbad pflanzte und die Besucherinnen zählte, über sie Buch führte (naheliegender Kommentar der Kinderbeauftragten des Bezirksausschusses, C. Knapik: „Nazi- und Blockwartmethoden“). Im Münchner Stadtrat hofften Babor und Tretzl, auf die „feine“ Art zu ihrem Ziel zu kommen, den Frauenbadetag wieder abzu-

schaffen. Die Finanzpeitsche wirke immer, meinten sie. Aber, leider, auf ihre Anfrage hin stellte sich heraus, dass die Tatsache, dass an den berühmtesten Samstagen nur Bademeisterinnen Aufsicht führten, noch nicht einmal ein organisatorisches Problem war, geschweige denn ein finanzielles. Die Vorhänge vor den Fenstern, die vor Voyeuren schützen sollen, waren auch nicht sehr teuer und wurden wettgemacht durch die Eintrittsgelder der hohen Zahl von Besucherinnen. Das Schwimmbad ist an den „Frauen“-Samstagen wesentlich besser ausgelastet als an den „gemischten“. Der Slogan der flugs gegründeten CSU-nahen „Bürgerinitiative“: „Zur besten Freizeit am Samstagnachmittag ist der Zutritt für Familien und Berufstätigen verwehrt!“ war also ein Schlag ins Badewasser. (Nebenbei empfehlen wir dem vermutlich schwer deutschen Autor dieses Slogans das Handbuch „Deutsche Sprache – gut und grammatikalisch korrekt formulieren“.) Merke: Deutsche Männer, die mit ihren Kindern schwimmen gehen, sind „Familien“, muslimische Frauen, die das selbe tun, nicht.

Reportage von „monitor“ – Erfreulicherweise knöpfte sich Marion Förching am 8. Januar 2004 im Fernsehmagazin „monitor“ unter dem Titel „Absurder Kulturkrieg: Kopftuchstreit im Schwimmbaden“ diese „Bürgerinitiative“ vor. Und da kam es dann heraus. Einerseits, dass Musliminnen in und um München auch eine weite Anreise nicht scheuen, um Badefreuden zu genießen. Andererseits, wie rassistisch die Harlachinger Bürgerinitiative ist. O-Ton: „Da ist das Wasser voller Dreck. Lauter Haare und Stofffetzen. Die gehen mit allem Tod und Deibel da rein“. Oder: „Das ist ein städtisches Hallenbad, keine Moschee.“ Nach dem Monitor-Bericht gab es auch kritische Stellungnahmen in Münchner Zeitungen.

Schafft ein, zwei, viele Frauenbadetage! Harlaching ist ein Pilotprojekt, es darf nicht scheitern! Im Gegenteil, es sollte in München noch mehr Schwimmbäder mit Frauenbadetagen geben. Jetzt aber gilt es erstmal, Harlaching zu „retten“. Die Grünen-Stadträtin Lydia Dietrich sagte: „Wir sollten den Frauenbadetag einfach als das anerkennen, was er ist, nämlich fünf Stunden Spaß und Freude für Frauen und ihre Kinder.“ So einfach ist's leider nicht. Der Frauenbadetag ist schon längst ein Politikum. Eins, bei dem es in erster Linie um Rassismus, aber auch um Frauenfeindlichkeit geht.

What to do? OB Ude steht (noch?) hinter dem Frauenbadetag, der Ausländerbeirat auch. Also bitte Mails, Briefe an sie, den Stadtrat usw. Aus dem Pilotprojekt Frauenbadetag in Harlaching muss eine Dauereinrichtung werden. Fahrt doch mal hin, just for fun, um mit Musliminnen und Nichtmusliminnen herumrumzuplättschern, zu reden, zu schwimmen, vielleicht auch, um mit den unter Druck gesetzten, gestressten Bademeisterinnen zu reden, einen Gegenpol zu schaffen zum Rassismus der CSU-„Bürgerinitiative“. C.H.

Widerstand gegen Demogebühren:

NORDERSTEDT. Der Versuch der Stadt, die Proteste gegen die Kahlschlagpolitik des Bürgermeisters durch Gebührenbescheide zu schikanieren, ist fehlgeschlagen. Der Hauptausschuss der Stadt spricht sich parteiübergreifend dafür aus, die Gebührenordnung des Rathauses so zu ändern, dass Demonstrationen und damit das Recht auf freie Meinungsäußerung künftig kostenlos ausgeübt werden können. Diesem Antrag muss die Stadtvertretung noch zustimmen.

Auch wenn die AnmeldeInnen der beiden Kundgebungen, „für eine soziale Stadt“ nun offensichtlich für die Nutzung des Rathausmarktes keine Miete zahlen müssen, bleibt vor allem eine Frage offen: Die Entgeltordnung des Forum, auf welche sich die Stadt bei Erhebung der Rechnung für die Kundgebungen bezog, und die nun abgeändert werden soll, besteht seit 2002. In diesem Zeitraum wurde für keine Kundgebung, Demonstration, Hochzeitsfeierlichkeit oder Geburtstagsfeier, die auf diesem Platz stattgefunden hat, Geld verlangt. Dass diesmal die Nutzungsordnung der Stadt derart demokratiefeindlich ausgelegt wurde, beweist nicht nur die Willkür einiger StadtvertreterInnen, sondern ist auch ein Zeichen, dass die Proteste im Wahljahr einen empfindlichen Nerv treffen. Am 24. Februar werden um 18 Uhr wieder alle Menschen auf den Rathausmarkt geladen, um sich für eine soziale Stadt einzusetzen. Kostenfrei, versteht sich, aber bestimmt nicht umsonst.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Business Improvement Districts:

HAMBURG. Mit zwei Modellbezirken – in der Innenstadt und in Bergedorf – soll ein Konzept zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren nach amerikanischem Vorbild der „Business Improvement Districts“ so bald wie möglich starten. Sollte der Gesetzentwurf Unterstützung finden, soll er nach Möglichkeit noch in diesem Jahr in die Bürgerschaft eingebracht werden. In den Vereinigten Staaten und in Kanada wird dieses Konzept schon seit mehr als zwanzig Jahren praktiziert. Auf der Agenda stehen oft Maßnahmen wie Verbesserung der Beleuchtungssituation, Verschönerung der Gehsteige, Aufstellen zusätzlicher Abfallbehälter, Anbringen von Blumendekoration und Fahnen. Vielfach werden auch Servicekräfte eingestellt, die den Kunden als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen. Voraussetzung für diese besondere, regional und zeitliche begrenzte Form der privaten Selbstorganisation ist, dass die öffentliche Hand von allen an einem „Business Improvement District“ Beteiligten eine Abgabe

erhebt und das Aufkommen ihrer gemeinsamen Dachorganisation zur Verfügung stellt. Dafür bedarf es einer gesetzlichen Grundlage.

Der Bayerische Ministerpräsident hat den BID-Initiatoren bis auf weiteres eine klare Absage erteilt. In einem Brief an den Oberbürgermeister von Augsburg, Dr. Paul Wengert, der sich an die Spitze der pro-BID Bewegung gestellt hatte, teilte Stoiber im November 2003 mit, sein Innenministerium habe „erhebliche rechtliche Bedenken“. Eine Zwangsmitgliedschaft stehe im Widerspruch zur verfassungsmäßig geschützten negativen Vereinigungsfreiheit. Vielmehr kündigt Stoiber die Möglichkeit neuer Modellprojekte an, um neue Formen der Einbeziehung privaten Engagements zu erproben – aber nur auf freiwilliger Basis.

www.fhh.hamburg.de/stadt/aktuell/Pressemeldungen; www.bid-aktuell.de

Steuersenkungspläne der Union:

BERLIN. Als „völlig illusorisch“ haben die Kommunen die Forderung der CDU/CSU nach weiteren Steuersenkungen in Höhe von zehn Milliarden Euro zurückgewiesen. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (03.02.2004) erklärte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, dies hätte „verheerende Folgen“ für die Gemeindefinanzen und die Bürger. „Die meisten Kommunen sind mit den bereits in Kraft getretenen und beschlossenen Steuererleichterungen restlos überfordert und können ihre Aufgaben für die Bürger kaum noch erfüllen. Wer wie Union, FDP und Wirtschaft massive zusätzliche Steuersenkungen fordert, muss den Menschen gleichzeitig die Wahrheit über die verheerenden Folgen klarmachen.“

Stattdessen wird behauptet, dass die 30 Euro, die das einem Durchschnittsverdiener bringt, Nachfrage, Konjunktur und Arbeitsmarkt ankurbeln. Das ist durch nichts bewiesenes reines Wunschdenken, das allen teuer zu stehen kommen wird.

Für die Kommunen sind die Konsequenzen klar absehbar: Die Mittel für Jugendarbeit, Vereinsförderung, Integration der Ausländer, Bäder, Kultur und Schulen müssten noch weiter zusammengestrichen und gleichzeitig Gemeindegebühren angehoben werden. Die sowieso schon auf einem historischen Tief angelangten öffentlichen Investitionen würden weiter zurückgehen. Das kostet so viele Arbeitsplätze, wie sie durch die erhoffte Belebung der allgemeinen Nachfrage niemals wettgemacht werden könnten.“

www.dstgb.de

Zusammenstellung: ulj

Vom positiven Verlauf der Warnstreikaktionen, zu denen die IG Metall in diesen Tagen aufruft, gibt ein Bericht aus Waldkirch, den wir der *anaz* entnehmen, einen guten Eindruck. (Siehe auch Artikel S. 6)



Warnstreik bei der SICK AG: „Wir warnen die Arbeitgeber!“

Am 30. Januar fand der erste Warnstreik in der Region bei SICK statt: über 300 Beschäftigte, insbesondere aus der Produktion, der Logistik, aber auch einigen Angestelltenbereichen, beteiligten sich daran. Weitere ca. 200 Beschäftigte hatten diesen letzten Tag des Monats sowieso freigenommen, um Gleitzeitstunden abzubauen. Daher stand die Produktion während des Warnstreiks nahezu still. Angesichts einer Belegschaft mit über zwei Dritteln Angestellten, die nach wie vor sehr schlecht organisiert sind in der IG Metall, ist diese Beteiligung ein gutes Ergebnis!

Dass viele – auch höhere – Angestellte, den Forderungen im diesjährigen Tarifkampf und der Kritik vor allem an kostenloser Arbeitszeitverlängerung durchaus freundlich gegenüberstehen, war am Morgen vor den Toren zu spüren. Richtig heftige ablehnende Äußerungen gab es wenige.

Der gelungene Warnstreik war auch deshalb wichtig, weil die Presse, allen voran die *Badische Zeitung*, seit Wochen versucht, die bei SICK betrieblich zwischen Betriebsrat und IG Metall einerseits und dem SICK Vorstand andererseits ausgehandelten Flexibilisierungsregelungen in eine Reihe mit den Arbeitgeberforderungen zu stellen. Den Vogel schoss dabei der Wirtschaftsredakteur Beck mit seinem Artikel vom 24.1.04 ab: dort behauptet dieser Schreiberling doch allen Ernstes, der Betriebsrat bei SICK unterstütze solche „betrieblichen Lösungen“ ohne Gewerkschaft. Dieser falsche Eindruck im Artikel konnte nur durch ausdrückliche Verdrehung von Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden Schlegel entstehen. Er wird dazu in nächster Zeit ein richtigstellendes Interview in besagtem Wirtschaftsteil geben, aus dem deutlich werden wird, dass Betriebsräte und Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit nur auf Grundlage von Tarifverträgen Sinn machen. Es ist ja gerade so, dass die Ausweitungsmöglichkeiten für 40-Stundenverträge, denen der SICK-Betriebsrat – unter der Erpressungsdrohung von Produktionsverlagerung nach Ungarn – zugestimmt hat, voll bezahlt werden und Rückkehrmöglichkeiten zur tariflich geltenden 35-Stundenwoche beinhalten. Wird der Tarifvertrag in diesem entscheidenden Punkt aufgeweicht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis dieser volle Lohnausgleich auch bei SICK wieder unter Druck gerät.

Hermann Spieß von der IG Metall kritisierte in seiner Rede auch den Sozialabbau und insbesondere die skandalöse Gesundheitsreform und stellte den Zusammenhang zu den Arbeitgeberforderungen her.

Ein Vertreter von Verdi warb für die Unterstützung des Streiks der Journalisten und betonte: „Wenn die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie kippt, kommen alle anderen Bereiche auch massiv unter Druck!“

sic

Die Schreckensvisionen des Heinrich von Pierer

Siemens-Chef fürchtet Sammelklagen und schwadroniert über Kinderarbeit

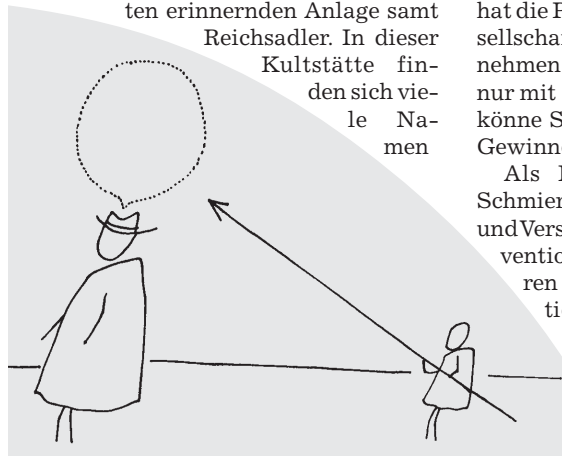
Unternehmen und Manager haben zur Zeit nicht den besten Ruf. Der Parmalat-Skandal, Bilanzfälschungen in den USA, aber auch in Deutschland im Zusammenhang mit Hochtechnologie-Firmen, und schließlich der Prozess gegen Ex-Mannesmann-Chef Esser und Deutsche-Bank-Chef Ackermann belasten das Image und schaden dem Geschäft.

Diesem Imageschaden will der Siemens-Konzern durch eine Buchpublikation entgegentreten, die kürzlich als erster Band einer „Schriftenreihe des Siemens Art Program“ erschienen ist. Unter dem Titel „Zwischen Profit und Moral“ befassen sich darin Siemens-Chef Heinrich von Pierer, der Münchner Professor für Wirtschaftsethik Karl Homann und die Richterin am Bundesverfassungsgericht Gertrude Lübbe-Wolf mit Fragen der Moral, insbesondere der von Unternehmen.

In der Öffentlichkeit sei der Eindruck entstanden, „die auf Shareholder Value getrimmte Welt der Manager führe zum Verlust tradierter Werte“, beklagt von Pierer. Exorbitante Managergehälter, Finanzskandale und Bilanzfälschungen großer Kapitalgesellschaften, die „zu Recht erhebliches Aufsehen und Empörung erregt“ hätten, hätten den Eindruck eines allgemeinen Verfalls der Sitten geschaffen. Dem gelte es entgegen zu treten. Vertrauen in Unternehmen und Manager wieder herzustellen sei „das Gebot der Stunde“ (S. 11).

Dem folgen langatmige Auslassungen über die Geschichte und „moralischen Werte“ des Siemens-Konzerns, die zum Widerspruch herausfordern. „Siemens pflegt seit ... 150 Jahren sowohl ökonomische Tugenden als auch ethische Werte – ökonomische Tugenden wie Leistungsbewusstsein, finanzielle Solidität, harte Arbeit, Freude an der Innovation und Qualitätsbewusstsein, ethische Werte wie Treue, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein, Verlässlichkeit, Vertrauen, Respekt im Umgang miteinander sowie Fürsorge und Mitgefühl füreinander“, behauptet zum Beispiel der Siemens-Chef (S. 15). Wer einmal nach Berlin kommt, dem sei ein Besuch der dortigen Verwaltungszentrale des Konzerns als Test auf die Glaubwürdigkeit solcher Behauptungen empfohlen. In der Nähe des Eingangs dieser Zentrale gedenkt der Konzern noch heute der in den Weltkriegen gefallenen Belegschaftsmitglieder mit einer abstoßenden, an NS-Kultstätten erinnernden Anlage samt

Reichsadler. In dieser Kultstätte finden sich viele Namen



– aber kein einziger der vielen zehntausend Siemens-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter der NS-Zeit. Zur Erinnerung an sie wurde 1997 nach langem Streit eine Wandtafel angebracht, im Innern des Verwaltungsgebäudes, abgeschirmt von der Öffentlichkeit. Auf dieser Tafel taucht nicht einmal das Wort „Zwangsarbeit“ auf, geschweige denn ein Eingeständnis von Schuld des Konzerns. „Wir gedenken der vielen Mitmenschen, die in den Jahren des zweiten Weltkriegs gegen ihren Willen in unserem Unternehmen arbeiten mussten“, lautet der Text. Geschmückt ist die Tafel mit dem bunten Bild eines Radios. Wäre der Text nicht, würde jeder die Tafel für Radio-Werbung halten. Soviel zur „Fürsorge“ und zum „Mitgefühl“ des Siemens-Konzerns.

Aber nicht nur dieses Kapitel der Siemens-Geschichte lässt von Pierer aus. Der Mann verschweigt alle dunklen Abschnitte der Konzerngeschichte, etwa die Zusammenarbeit mit der Militärjunta in Chile, Argentinien und der Türkei und mit dem Apartheid-Regime in Südafrika. Nur China kommt vor, wo von Pierer für sich in Anspruch nimmt, im Gespräch mit dem früheren Parteichef Li Peng auch für Menschenrechte plädiert zu haben. Ansonsten konzentriert sich der Mann strikt auf Gegenwart und Zukunft: „Ein Unternehmen, das wie Siemens mehr als 400.000 Beschäftigte in 190 Ländern und Millionen von Kunden hat, kann nicht an der Gesellschaft vorbeiperrieren, sondern ist vielmehr Teil der Gesellschaft. Es hat die Pflicht, als ‚Corporate Citizen‘ gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.“ „Der Konzern als Bürger“ – nur mit solch einem Leitbild oder Kodex könne Siemens Sympathie erringen und Gewinne machen, lautet seine Devise.

Als Konsequenz aus Bilanz- und Schmiergeldskandalen großer Konzerne und Verstößen gegen internationale Konventionen will von Pierer keine härteren Gesetze oder striktere internationale Konventionen. Die sind eher von Übel. Ein Unternehmenskodex, ein moralische Normen wie: „Kein Schmiergeld nehmen und geben!“ umfassendes Unterneh-

mensleitbild, das durch interne Kontrollen abgesichert wird, und eine „gefestigte Wertebasis und -orientierung“ im Management (S. 33) sind nach seiner Auffassung viel besser und ausreichend, um weltweit agierende Konzerne vor den Versuchungen der Gewinnmacherei durch Rechtsbruch oder Verstöße gegen Konventionen zu schützen.

Die Ausführungen des Münchner Professors Homann folgen diesem Leitsatz. Der Mann ist ein hemmungsloser Konzern-Lobbyist. „Unternehmen können keine ‚Opfer‘ bringen“, lautet sein Credo. Und: „Die Befolgung moralischer Normen kann von ... Unternehmen ... nur dann erwartet werden, wenn sie sich davon Vorteile versprechen.“ (S. 44/45). Schärfere Gesetze seien für den Mittelstand erforderlich, nicht aber für Konzerne, behauptet er. Mehr noch: die – auch moralisch argumentierende – Verteidigung öffentlicher Güter wie z.B. des Rechts auf Bildung, auf soziale Sicherheit, auf Achtung von Menschenrechten ist ihm ein Gräuel. Sie beruhe auf „vor-modernen“ Gesellschaften, in denen „Nullsummenspiele“ herrschten, weil Wachstum fehlte: „Was der eine gewann, musste der andere verlieren.“ Davon könne heute keine Rede sein. Heute sei marktwirtschaftlicher Wettbewerb „das beste ... Mittel zur Verwirklichung der Solidarität aller“ (S. 42). Deshalb müssten alle Schranken für Wettbewerb fallen, müsse sich jede Politik und Moral dem Wettbewerb und Profitstreben unterordnen. Um Konzerne dennoch zur Beachtung von Gesetzen, Umweltschutzauflagen und Arbeitnehmerinteressen zu veranlassen, bleibt ihm nur die Warnung vor der Katastrophe: „Unternehmen, die ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben nicht entschlossen angehen, müssen mit massiven, ihre Gewinnchancen schmälern Gegenreaktionen rechnen. Moralisch empörte Gesellschaften, die militant zu werden drohen, und von blindem Aktionismus getriebene staatliche Überregulierungen bilden nicht das Klima, in dem sich nachhaltig Gewinne erzielen lassen.“ (S. 72)

Deutlich kritischer ist die dritte Autorin, Verfassungsrichterin Lübbe-Wolf. Sie fordert eine strafrechtliche Verantwortlichkeit von Konzernen für ihre Taten. „Das Bemühen, Verhaltensänderungen mit Mitteln des Strafrechts zu erzielen, konzentriert sich in Deutschland – auf dem Gebiet der Korruptionsbekämpfung ebenso wie in anderen Bereichen – bislang auf die beteiligten Personen. Unternehmen als solche können sich nicht strafbar machen“, kritisiert sie (S. 89). Im angloamerikanischen Rechtskreis sei „seit langem die Strafbarkeit von Unternehmen anerkannt“. „In Deutschland stößt die Strafbarkeit von Unternehmen dagegen traditionell auf Vorbehalte. Sie gilt als unvereinbar mit dem Grundsatz, dass Strafe Schuld voraussetzt.“ (S. 91) Das passt der Frau nicht. Sie will strafrechtliche Handhaben ge-

gen Firmen bei Verstößen wie Steuerhinterziehung, Umweltdelikten, Korruption und anderen Straftaten. Im Ordnungswidrigkeitsrecht seien Geldbußen gegen Unternehmen schon lange erlaubt. Dies müsse ausgedehnt werden, fordert sie.

Womit wir wieder beim Thema Zwangsarbeit wären. Denn Klagen gegen Unternehmen sind dem Siemens-Chef ein Gräuel. Er bekennt: „Gegen eines bin ich wirklich strikt: dass wir in Deutschland Class Actions, Sammelklagen nach amerikanischem Muster auch nur in Ansätzen in die Rechtsordnung einführen. Dies ist einer der schlimmsten Irrwege, denen ich in Amerika begegnet bin.“ (S. 106). Dieser „Irrweg“ ermöglichte Überlebenden der NS-Zwangsarbeit, deutsche Unternehmen vor ein paar Jahren durch Klagen vor US-Gerichten zu Zahlungen wegen ihrer verbrecherischen Zwangsarbeit zu zwingen, nachdem deutsche Gerichte jahrzehntelang solche Klagen abgewiesen hatten.

Dass der Siemens-Konzern auch heute noch, um es vorsichtig auszudrücken, gelegentlich am Rande internationaler Konventionen agiert, lässt von Pierer ahnen. „Auch die Kinderarbeit gehört in den Bereich der moralischen Konflikte“, schreibt er an anderer Stelle. „Damit muss sich zum Beispiel die Textilbranche befassen, die über Subunternehmen in Dritte-Welt-Ländern produzieren lässt. Es besteht wohl kein Zweifel, dass Kinderarbeit langfristig abgeschafft werden muss. Und ebenso wenig darüber, dass ausbeuterische Kinderarbeit in Steinbrüchen oder in Schuldknechtschaft, Kinderarbeit, die den Umgang mit giftigen Stoffen erfordert, oder Kinderarbeit der Allerjüngsten bekämpft werden muss. Aber wie steht es um weniger extreme Formen der Kinderarbeit in Ländern, in denen es für Familien existentiell notwendig ist, dass die Kinder zum Lebensunterhalt beitragen? Mit kollektiver Entrüstung und pauschalen Verurteilungen ist den betroffenen Kindern und Familien wahrscheinlich nicht geholfen.“ (S. 29).

Solche Ausführungen sollten Gewerkschaften und NGOs alarmieren, sich einmal das Thema „weniger extreme Formen von Kinderarbeit“ in Siemens-Werken genauer anzusehen. Internationale Konventionen sind da unmissverständlich. Zu den „Kernarbeitsnormen“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gehören: Organisations- und Verhandlungsfreiheit, Verbot von Sklaverei und Schuldknechtschaft, Diskriminierungsverbot und Abschaffung der Kinderarbeit. Mit diesen klaren Normen ist das Gerede des Siemens-Chefs, wenn nicht sogar die Praxis des Konzerns, unvereinbar. (rül)

Heinrich von Pierer, Karl Homann, Gertrude Lübke-Wolf, *Zwischen Profit und Moral. Für eine menschliche Wirtschaft*, Carl Hanser Verlag München Wien 2003, 144 Seiten, ISBN 3-446-22460-2, 19,90 Euro

Arbeitgeber fordern weitere Kürzungen von Krankenkassenleistungen. – HB, Mo.

19.1.04. Die Kassenärzte erklärten, nicht sie, sondern das Ministerium habe erheblich zur Verunsicherung von Patienten beigetragen. Gesundheitsministerin U. Schmidt mache Ärztfunktionäre und Krankenkassen verantwortlich für die Schwierigkeiten und drohe mit der Abschaffung der Selbstverwaltung. BDA-Präsident D. Hundt bekräftigte Forderungen, den Wettbewerb auf allen Ebenen zu intensivieren und die Eigenbeteiligung zu erhöhen. „Es dürfen jetzt keine weiteren Ausnahmen geschaffen werden. Das weicht die Gesundheitsreform auf, schmälert die Einspareffekte und führt zu steigenden Beiträgen.“ Er forderte eine neue Gesundheitsreform noch in diesem Jahr und weitere Leistungskürzungen. Die Belastungshöchstgrenze für Zuzahlungen von einem bzw. zwei Prozent des Einkommens sei zu niedrig.

Arbeitgeber im Baugewerbe (ZDB) wollen längere Arbeitszeiten. – HB, Mi.

21.1.04. „Arbeitsplätze sichern wir am besten, wenn wir einen Weg finden, die Arbeitskosten zu reduzieren, ohne die Nettolöhne zu senken“, so H. Schröder, Geschäftsführer des ZDB. Beim ZDB, der die kleineren Firmen vertritt, hatten sich aus Unmut über den teuren Abschluss 2002 vier Regionalverbände ausgeklinkt, um künftig eigene Verhandlungen zu führen.

Deutsche Kreditwirtschaft enttäuscht über Sitz des EU-Bankenausschusses. –

Die deutschen Banken hatten auf den Sitz des einflussreichen EU-Bankenausschuss in Frankfurt statt in London gehofft. S. Rabe, Sprecher des Bundesverbands Öffentlicher Banken (VÖB) betonte, Frankfurt wäre schon wegen der Europäischen Zentralbank der ideale Ort für den Bankenausschuss gewesen. Schließlich sei Großbritannien kein Mitglied der Währungsunion. Auch der Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken (BDB), M. Weber, drückte seine Enttäuschung aus: „Natürlich hätten wir es lieber gesehen, wenn der Bankenausschuss nach Frankfurt gekommen wäre“.

„Wieviel Deutschland verträgt die Metall- und Elektroindustrie?“ – HB,

Fr./Sa. 24./25.1.04. Unter diesem provozierenden Slogan lädt Gesamtmetall zu einem Forum nach Düsseldorf ein und macht damit Druck auf die IG-Metall. Der Produktionsstandort Deutschland sei an vielen Stellen nicht mehr wettbewerbsfähig, argumentiert der Verband. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, setzt Gesamtmetall der IG-Metall-Forderung von 4 % mehr Lohn und Gehalt ein Lohnangebot von 1,4 % bei 24 Monaten Laufzeit und die Einrichtung eines Arbeitszeitkorridors 35 bis 40 Stunden entgegen.

Gesamtmetall will Arbeitszeitverlängerung durchsetzen. – HB, Mo.

4.2.04. „Warnstreiks ... sind ein sehr negatives Signal an Kunden und Investoren, deren Ausmaß an wirtschaftlichen Schäden wir noch nicht abschätzen können.“ Gesamtmetall-Vorsitzender M. Kannegießer wirft der IG Metall vor, sie führe einen Kampf um Symbole, wenn sie an der gültigen Wochenarbeitszeit festhalte. In der Praxis seien betriebliche Vereinbarungen zur Arbeitszeit gang und gäbe. Im Übrigen habe jeder Betriebsrat auch künftig die Möglichkeit, längere Arbeitszeiten abzulehnen. Kannegießer schloss erstmals einen Arbeitskampf nicht aus, wenn es am Verhandlungstisch keine Bewegung gäbe.

Industrie bildet gemeinsame Front gegen Umweltminister. – HB, Fr./Sa. 6./7.2.04.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat ein gemeinsames Konzept verschiedener Branchenverbände erarbeitet, in dem klar Stellung bezogen wird gegen die Pläne des Umweltministers, den Kohlendioxid-Ausstoß bereits ab 2005 beschleunigt zu limitieren. Besonders stark wehren sich Branchen mit hohem Energieverbrauch, wie z.B. die Zementindustrie. Diese müsse ihre Produktion drosseln, wenn die Pläne so bestehen blieben, so der Verbands-Geschäftsführer. Bei der Produktion einer Tonne Zement werden 0,7 Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen.

BDI tritt dem Kanzler zur Seite. – Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, M. Rogowski, rät Schröder, angesichts der Forderungen nach einer Kabinettsumbildung, auf den Tisch zu hauen. Der Kanzler dürfe sich die Mannschaft nicht öffentlich zerplücken lassen.

Chemie-Arbeitgeber fordern „tarifliche Atempause“. –

Im Gegensatz zur Metallbranche richtet sich die Chemische Industrie auf eine Lohnrunde ohne brisante Nebenbedingungen ein. „Bei Öffnungsklauseln haben wir keinen Nachholbedarf“, sagte der Sprecher des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) auf Anfrage. Bereits Ende der 80er Jahre sei ein Arbeitszeitkorridor eingeführt worden, der den Betrieben bei der Wochenarbeitszeit Spielräume zwischen 35 und 40 Stunden eröffne. Mit längerer Arbeitszeit steige allerdings auch die Entlohnung. Erwartungen, hierbei etwas zu ändern, gebe es nicht. Bereits vor den entscheidenden Beratungen mit der IG Chemie mahnten die Arbeitgeber jedoch eine „tarifliche Atempause“ an. Nachdem die Löhne der 500 000 Beschäftigten der westdeutschen Chemie 2002 und 2003 deutlich stärker gestiegen seien als die Produktivität, sei nun ein „Abbremsen der Tarifentwicklung unbedingt erforderlich.“

Presseauswertung: rst

„Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!“

Aus der Präambel des Europawahlprogramms der PDS 2004

... Europapolitische Ziele der Partei des Demokratischen Sozialismus sind:

Die PDS befürwortet die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union auf gleichberechtigter, solidarischer, ziviler und demokratischer Grundlage. Deshalb tritt sie nachdrücklich für eine Wende in der Integrationspolitik ein.

Wir wollen eine Europäische Union, die der Vollbeschäftigung und dem sozialen Fortschritt angesichts der Massenerwerbslosigkeit höchste Priorität beimisst, mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik bricht und stattdessen auf nachhaltiges Wirtschaften setzt, neue Wege der Verzahnung von Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik beschreitet und den Stabilitäts- und Wachstumspakt entsprechend korrigiert.

Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen, transparenten und unbürokratischen Institutionen und Entscheidungsprozessen. Politik in der EU muss für die Menschen nachvollziehbar werden. Sie dürfen nicht bloß Adressaten von Politik, sondern müssen aktive Mitgestalter sein.

Wir wollen eine Europäische Union, in der die Gleichstellung von Männern und Frauen tatsächlich realisiert ist und in der jegliche Diskriminierung von Menschen entschieden bekämpft wird.

Wir wollen eine Europäische Union, in der Menschen mit und ohne Behinderungen oder chronischen Krankheiten ihre Persönlichkeit frei entfalten und selbstbestimmt am Leben der Gemeinschaft teilhaben können.

Wir wollen eine Europäische Union, in der alle mit der Erweiterung verbundenen Fragen solidarisch gelöst werden, in der insbesondere die Förderpolitik so gestaltet wird, dass weder die bisher geförderten noch die neu zu fördernden Staaten und Regionen Nachteile haben.

Wir wollen eine Europäische Union,

in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit gesichert sind, wo Kriminalität bekämpft wird, ohne die Grund- und Menschenrechte zu verletzen, wo das Grundrecht auf Asyl auf höchstem internationalen Standard garantiert und Zuwanderung nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung unserer Gesellschaften betrachtet wird.

Wir wollen eine Europäische Union, die das Völkerrecht und die UNO-Charta achtet, Krieg und militärische Gewaltanwendung zur Lösung von Konflikten ablehnt, die frei von Massenvernichtungswaffen ist, ihre Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umstellt und Rüstungsexporte beendet. Unser Ziel ist die Reduzierung der militärischen Kapazitäten auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit.

Wir wollen eine Europäische Union, die auf Kooperation und Zusammenarbeit setzt und intensive partnerschaftliche Beziehungen zu ihren neuen Nachbarstaaten pflegt.

Wir wollen eine Europäische Union, die als Teil dieser einen Welt gleichberechtigte internationale Beziehungen fördert und zur Schaffung solidarischer internationaler Weltwirtschaftsbeziehungen beiträgt.

Wir wollen eine Europäische Union, die ihren Verpflichtungen zur Lösung der globalen Probleme des Umwelt- und Klimaschutzes gerecht wird und umfassenden Verbraucherschutz sicherstellt.

Als sozialistische Partei setzen wir uns mit der Europapolitik der Bundesregierung weiterhin kritisch auseinander. Ihre Bilanz ist höchst zwiespältig ... Mit ihrem massiven Drängen auf die Entwicklung der Europäischen Union zu einer Militärmacht, ihrer jahrelangen Blockadepolitik im Hinblick auf fortschrittliche europäische Zuwanderungs- und Asylregelungen oder ihrer Vorreiterrolle bei der Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und der skandalösen Umverteilung von unten nach oben hat sich die Bundesregierung jedoch ein denkbar schlechtes europapolitisches Zeugnis ausgestellt.

Die PDS wird daher nicht nur im Europäischen Parlament für einen Kurswechsel streiten. Sie wird im Bund, über

die Länder und Kommunen, vor allem aber durch Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen Druck von links auf die deutsche Europapolitik ausüben ...

Es ist wichtig, dass die Europäische Union sich eine Verfassung gibt, die allen in der EU lebenden Menschen verbrieft Grund-, Freiheits- und Gleichheitsrechte zusichert. Eine Europäische Verfassung soll sich dem Frieden und den Menschenrechten verpflichten, die Möglichkeiten unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen offen halten, eine soziale Bindung des Eigentums anstreben, die EU weiter demokratisieren, der Vielfalt der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen Rechnung tragen. Eine Europäische Verfassung muss den Völkern zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt werden. Diesen Ansprüchen genügt der vom Konvent erarbeitete Verfassungsvertrag in wichtigen Punkten nicht. Es ist positiv, dass die Grundrechtecharta und soziale Rechte in den Entwurf aufgenommen wurden. Dafür hat sich die Europäische Linke im Konvent engagiert. Aber der vorliegende Verfassungsentwurf soll alle EU-Staaten zur Aufrüstung verpflichten. Er befördert die Militarisierung der EU. Neoliberale Wettbewerbspolitik soll Verfassungsrang erhalten. Das für mehr Demokratie in der EU Erreichte bleibt hinter dem Notwendigen zurück. Die Rückschritte überlagern und deformieren die Fortschritte im Verfassungsentwurf. Wir werden alle Möglichkeiten auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene nutzen, um dies zu verhindern. Die PDS sagt Nein zu dem vorliegenden Verfassungsentwurf.

Es ist eine historische Entscheidung sozialistischer, kommunistischer und anderer linker Parteien in Europa, eine gemeinsame Partei der Europäischen Linken aufzubauen. Die PDS ruft zur Gründung der Partei auf, wird in ihr aktiv mitarbeiten und als ihr Teil den Europawahlkampf führen.

Ein soziales, demokratisches und friedliches Europa ist möglich. Dafür braucht Europa eine starke europäische Linke!

PDS-Kandidat/innen zur Europawahl: 1. Sylvia-Yvonne Kaufmann (Berlin) 2. Helmut Markov (Brandenburg) 3. Gabi Zimmer (Thüringen) 4. Tobias Pflüger (parteilos, Baden-Württemberg) 5. Sahra Wagenknecht (Berlin) 6. André Brie (Mecklenburg-Vorpommern) 7. Felekna Uca (Niedersachsen) 8. Helmut Scholz (Berlin) 9. Anja Laabs (Brandenburg) 10. Keith Barlow (Sachsen) 11. Wenke Christoph 12. Sepp Obermeier (Bayern) 13. Juliane Nagel (Sachsen) 14. Ilja Seifert (Berlin). **Persönliche Ersatzkandidat/innen für die ersten 8 Plätze:** 1. Juliane Nagel (Sachsen) 2. Jan Korte (Niedersachsen) 3. Wenke Christoph 4. Felix Pithan (NRW) 5. Anja Laabs (Brandenburg) 6. Sascha Wagener 7. Anna-Lena Orłowski (NRW) 8. Yavuz Fersoglu (Hamburg)



Sylvia-Yvonne Kaufmann



Helmut Markov



Gabriele Zimmer



Tobias Pflüger



Sahra Wagenknecht



André Brie



Felekna Uca

Bunte Liste, brauchbares Programm

Seit langem wird die PDS derzeit in der „Sonntagsfrage“ wieder um 5 % gehandelt. Von einer „Aufbruchstimmung“ konnte beim Europa-Parteitag am 31.1./1.2.2004 in Berlin trotzdem keine Rede sein. Vor allem der erste Tag, bei dem es um das Europa-Programm und die Verabschiedung anderer Anträge ging, war eher von Langeweile gekennzeichnet.

Ein reales Problem holte die PDS allerdings schon bei der Eröffnung ein: Die Berliner Symphoniker, das kleinste der Berliner Orchester, protestierte mit den Revolutionsfanfaren von Tschai-kowskis Ouvertüre „1812“ gegen die vom Berliner Senat beschlossene Streichung des jährlichen Zuschusses von 3,3 Mio. Euro. Obwohl dieser Zuschuss der geringste unter den Berliner Orchestern und das Ensemble wegen eines auf Breitenkultur angelegten Programms beliebt ist, steht es damit vor dem Aus. Selbst ein Angebot der Deutschen Orchestervereinigung, in Tarifverhandlungen durch Gehaltsverzicht aller Berliner Orchester den Weg zur Fortführung der Symphoniker frei zu machen, lehnte Rotrot ab.

Eine zweite Dissonanz folgte bei der Antragsberatung: Die Aktion der Symphoniker im Rücken, legten Delegierte vor allem aus der KPF einen Initiativantrag vor, der sich in den ersten beiden Punkten für den europaweiten (!) Erhalt von Kultur und Orchestern ausspricht und im dritten Punkt den roten Senat geißelt. Er wurde wie in ähnlichen Situationen auf vergangenen Parteitagen in den ersten, allgemeinen Punkten angenommen, im dritten glatt abgelehnt. So richtig aufgeregt hat sich diesmal zwar niemand mehr, deutlich wurde aber, wie verfahren manche „Fronten“ in der PDS sind.

In gewisser Weise passte es dazu, dass Lothar Bisky in seiner Rede zu Beginn des Parteitages vor „Selbstgerechtigkeit“ warnte. Sylvia-Yvonne Kaufmann sprach zu den Schwerpunkten des Wahlprogramms, versäumte es aber, die Gründe für ihren Sinneswandel von der Unterstützung des EU-Verfassungsentwurfes zur Ablehnung des Entwurfs ausreichend zu erläutern. Als einziger Redner setzte sich André Brie ausführlich mit der „Hypothek der Wahniederlage von 2002“ auseinander und sprach die Sorgen vieler Mitglieder aus: Die PDS ist noch nicht über den Berg.

„Wir waren 2002 unfähig und zum Teil auch unwillig, die eigenständige Funktion der PDS deutlich zu machen,“ führte André Brie aus, „und das ist unsere Funktion ... als demokratisch-sozialistische Partei, nicht unsere Funktion als Stoiber-Verhinderungspartei, nicht unsere Funktion als Mehrheitsbeschafferin der SPD ... Unsere Politik verlangt im Kleinen wie im Großen, in der Regierungsbeteiligung wie in der außerparlamentarischen Arbeit, dass man uns als Sozialistinnen und Sozialisten erleben kann ... Wir wollen, dass Menschen ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen.“

Neben André Bries Rede fand die von Francis Wurtz, Vorsitzender der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, größere Beachtung. Er sprach deutlich die ungleiche Entwicklung innerhalb der EU an, die sich durch die Beitritte verschärfen wird und stellte die Forderung nach einem solidarischen Europa in den Mittelpunkt sozialistischer Politik. Mit großer Mehrheit rief der Parteitag anschließend zu den europäischen Aktionstagen am 20.3. und 2./3.4.2004 auf.

Breite Zustimmung für Wahlprogramm

Trotz der vielschichtigen Situation hat der Parteitag wichtige Grundlagen für einen Erfolg der PDS nicht nur bei den Europawahlen geschaffen. Der Aufruf zur Gründung einer Europäischen Linkspartei wurde einstimmig verabschiedet. Die Bedeutung dieser Initiative, an der elf Linksparteien beteiligt sind, ist unumstritten. Und auch das Europa-Wahlprogramm erhielt sehr große Zustimmung, nachdem schon Vorstand und Antragskommission etliche Änderungsanträge übernommen hatten und weitere Anträge im Plenum erörtert und teilweise angenommen wurden.

Wichtigster inhaltlicher Streitpunkt war eine von Sahra Wagenknecht und anderen vorgelegte alternative Präambel, in der das „Bekenntnis“ der PDS zu Europa abgeschwächt wurde zugunsten einer Kritik der EU als imperialistisches Projekt. André Brie hatte dagegen in seiner Rede deutlich gemacht, dass die PDS nur als proeuropäische Partei eine Chance hat und gerade deshalb gegen ein Europa „... des Geldes, der Macht, der Standortkonkurrenz und der Bürokratie“ antritt. Das sah eine deutliche Mehrheit ebenso. Ebenso eindeutig sind auch die schon vor dem Parteitag „nachgebesserten“ Aussagen zur Ablehnung des vorliegenden Entwurfs einer EU-Verfassung (siehe Präambel des Wahlprogramms), gegen militärische Kampfeinsätze in internationalen Konflikten und für europäische Mindeststandards bei Arbeits- und Sozialbedingungen, auch beim Lohn.

Zu kurz kommt die Auseinandersetzung mit den Hegemonialansprüchen von „Kerneuropa“ in der EU, die von kon-

servativen Politikern offen angemeldet werden. Die Diskussion hierzu ist in der PDS noch unentwickelt. Sie kann und muss im Zusammenhang mit der Bildung einer Europäischen Linkspartei geführt werden, bei der die PDS zu Recht großen Wert darauf legt, auch sozialistische Parteien der Beitrittsländer Ost- und Südosteuropas mit einzubeziehen.

„Bunte“ Liste

Im Gegensatz zum ersten Tag ging es bei der Vertreterversammlung am Sonntag eher turbulent zu. „Die vom Parteivorstand vorgelegte Vorschlagsliste zu den Europawahlen macht es besonders im Westen schwierig, einen erfolgreichen Europa-Wahlkampf zu führen,“ hieß es schon im Vorfeld in einem Schreiben aller westlichen Landesverbände an den Parteivorstand. Die Kritik an der Vorschlagsliste wurde auch auf dem Parteitag deutlich geäußert. Aus ostdeutschen Landesverbänden gab es z.B. Unverständnis dafür, dass der Parteivorstand gleich zwei Abgeordnete aus dem Berliner Abgeordnetenhaus für die Liste vorgeschlagen hatte.

Ein Antrag zur Erweiterung der auf 14 Personen geplanten Liste auf 20, wodurch aus Wahlkampfgründen Raum für Kandidat/innen aus allen Landesverbänden geschaffen werden sollte, wurde zwar knapp abgelehnt. Der Listenvorschlag des Parteivorstandes wurde von den Delegierten jedoch nicht nur in wesentlichen Listenplätzen korrigiert, er ist auch regional ausgewogener. Drei der acht Vorschläge des Vorstands kamen nicht auf die Liste, darunter die beiden Berliner Abgeordneten.

Die ersten sechs Listenplätze – derzeit hat die PDS sechs Abgeordnete im Europaparlament – stellen ein auch innerhalb der PDS buntes Spektrum dar. Besonders gute Stimmenergebnisse erhielten Helmut Markov (94,7 %) und André Brie (80,3 %). Mit Tobias Pflüger, der als Parteilooser vom Vorstand für den chancenlosen Platz 8 vorgeschlagen worden war, aber gegen zwei andere Kandidaten im ersten Wahlgang souverän auf Platz 4 gewählt wurde, steht eine wichtige Person aus der Anti-Kriegsbewegung auf einem sicheren Listenplatz, mit Sahra Wagenknecht auf Platz 5 eine Vertreterin der KPF. Beide Kandidaturen widerlegen auch so manches Argument aus den Reihen der DKP, die diesmal eigenständig zu den Europaparlamentswahlen antritt.

Die bisherige junge kurdische Europa-Abgeordnete Feleknas Uca wurde erst auf Platz 7 gewählt. Immerhin hat Lothar Bisky in einer Stellungnahme zum Parteitag jetzt dazu aufgerufen, „im Wahlkampf den Belangen der Migrantinnen und Migranten ein besonderes Gewicht zu geben“. Und dass die Liste trotz der vermeidbaren und noch aufzuarbeitenden Querelen bei der Gesamtabstimmung 96,7 % der Stimmen erhielt, macht Mut für den Wahlkampf.

Wolfgang Freye

Wie steht es um den „Gleichbehandlungsgrundsatz“ bei Leiharbeit?

Im März 2000 wurde auf der Tagung des Europäischen Rates von Lissabon die Strategie beschlossen, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Ziel der Strategie ist die Erreichung der Vollbeschäftigung bis zum Jahr 2010. Darunter ist eine Gesamt-Erwerbstätigenquote von 70 % für ältere Arbeitnehmer zu verstehen. Daher die Befürwortung flexibler Formen von Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsverträgen, z. B. von Leiharbeit. Zentrales Anliegen der EU-Kommission ist es, eine Nicht-Diskriminierung der Leiharbeitnehmer im Verhält-

nis zu vergleichbaren, dauerhaft beschäftigten Arbeitnehmern herzustellen. Die Frist für diese Gleichstellung soll bei einem Beschäftigungsverhältnis von mindestens sechs Wochen liegen.

Leiharbeitnehmer sollten jedoch nicht als „Rationalisierungsfaktor“ angesehen werden. Es besteht die Gefahr, dass durch ihre Einstellung die kostenintensivere Stammbeslegschaft verkleinert wird.

So die wesentlichen Begründungsaussagen für die „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates“ über die Arbeitsbedingungen von Leiharbeitnehmern (KOM (2002) 701).

Schauen wir auf die wichtigen Aussagen des Produktes:

Artikel 2 – Ziel dieser Richtlinie ist es,

1. für den Schutz der Leiharbeitnehmer zu sorgen und die Qualität der Leiharbeit zu verbessern, indem die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung von Leiharbeitnehmern gesichert wird und die Leiharbeitunternehmen als Arbeitgeber anerkannt werden;

2. einen angemessenen Rahmen für den Einsatz von Leiharbeit aufzustellen, um zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu einem reibungslosen Funktionieren des Arbeitsmarktes beizutragen.

Artikel 5 – Grundsatz der Nichtdiskriminierung – Die wesentlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Leiharbeitnehmer entsprechen während der Dauer ihrer Überlassung an ein entleihendes Unternehmen mindestens denjenigen, die für sie gelten würden, wenn sie von dem genannten Unternehmen unmittelbar für den gleichen Arbeitsplatz eingestellt worden wären.

Bei der Anwendung des vorangegangenen Unterabsatzes müssen die im entleihenden Unternehmen geltenden Regeln in Bezug auf

i) den Schutz schwangerer und stillender Frauen und den Kinder- und Jugendschutz sowie

ii) die Gleichbehandlung von Mann und Frau und sämtliche Maßnahmen zur Bekämpfung jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Überzeugungen, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung eingehalten werden und zwar unabhängig davon, ob sie durch Gesetz, Verordnung, Verwaltungsvorschrift, Tarifvertrag und/oder sonstige Bestimmungen allgemeiner Art festgelegt sind.

2. In Bezug auf das Arbeitsentgelt können die Mitgliedsstaaten nach Anhörung der Sozialpartner die Möglichkeit vorsehen, dass von dem in Absatz 1 formulierten Grundsatz abgewichen wird, wenn Leiharbeitnehmer, die einen unbefristeten Vertrag mit dem Leiharbeitunternehmen abgeschlossen haben, auch in der Zeit zwischen zwei Überlassungen bezahlt werden.

3. Die Mitgliedsstaaten können den Sozialpartnern, nachdem sie sie auf der geeigneten Ebene angehört haben, die Möglichkeit geben, Tarifverträge aufrechtzuerhalten oder zu schließen, die von dem in Absatz 1 formulierten Grundsatz abweichen, sofern ein angemessenes Schutzniveau für die Leiharbeitnehmer gewährleistet ist.

4. Unbeschadet der Absätze 1 und 2 können die Mitgliedsstaaten in Bezug auf das Arbeitsentgelt veranlassen, dass Absatz 1 dann nicht gilt, wenn ein Leiharbeitnehmer im Rahmen einer oder mehrerer Überlassungen in ein und demselben entleihenden Unternehmen eine Tätigkeit ausführt, die aufgrund ihrer Dauer oder ihrer Natur nicht mehr als sechs Wochen in Anspruch nimmt.

Die Mitgliedsstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um eine missbräuchliche Anwendung dieses Absatzes zu verhindern.

Artikel 6 – Zwang zu unbefristeten und hochwertigen Beschäftigungsverhältnissen

1. Die Leiharbeitnehmer werden über die im entleihenden Unternehmen offenen Stellen unterrichtet, damit sie die gleichen Chancen auf einen unbefristeten Arbeitsplatz haben wie die übrigen Arbeitnehmer dieses Unternehmens.

Diese Unterrichtung kann durch allgemeine Bekanntmachung an einer geeigneten Stelle in dem Unternehmen erfolgen, in dem und unter dessen Aufsicht die Leiharbeitnehmer befristet arbeiten.

2. Die Mitgliedsstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, damit Klauseln, die den Abschluss eines Arbeitsvertrags oder die Begründung eines Arbeitsverhältnisses zwischen dem entleihenden Unternehmen und dem Leiharbeitnehmer Beendigung seines Einsatzes verhindern oder darauf hinauslaufen, diese zu verhindern, nichtig sind oder für nichtig erklärt werden können.

Dieser Absatz lässt die Bestimmungen unberührt, aufgrund deren Leiharbeitnehmer für die dem entleihenden Unternehmen erbrachten Dienstleistungen in Bezug auf Überlassung, Einstellung und Ausbildung von Leiharbeitnehmern einen Ausgleich in angemessener Höhe erhalten.

4. Leiharbeitnehmer haben in dem entleihenden Unternehmen zu den gleichen

Bedingungen wie die unmittelbar von dem Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer Zugang zu den Gemeinschaftseinrichtungen oder -diensten, insbesondere zur Gemeinschaftsverpflegung, zu Kinderbetreuungseinrichtungen und zu Beförderungsmitteln, es sei denn, eine unterschiedliche Behandlung ist aus sachlichen Gründen gerechtfertigt.

5. Die Mitgliedsstaaten treffen die geeigneten Maßnahmen oder fördern den Dialog zwischen den Sozialpartnern nach ihren nationalen Traditionen und Gepflogenheiten mit dem Ziel,

– den Zugang der Leiharbeitnehmer zu Ausbildungsangeboten in den Leiharbeitunternehmen zu verbessern, auch in der Zeit zwischen den Überlassungen, um die berufliche Entwicklung und die Beschäftigungsfähigkeit zu fördern;

– den Zugang von Leiharbeitnehmern zu Ausbildungsangeboten für Arbeitnehmer der entleihenden Unternehmen, denen sie überlassen werden, zu verbessern.

Artikel 7 – Vertretung der Leiharbeitnehmer.

Leiharbeitnehmer werden unter Bedingungen, die die Mitgliedsstaaten festlegen, im Leiharbeitunternehmen bei der Berechnung des Schwellenwertes für die Einrichtung von Arbeitnehmervertretungen berücksichtigt, die nach Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht oder in den Tarifverträgen vorgesehen sind.

Die Mitgliedsstaaten können unter den von ihnen festgelegten Bedingungen vorsehen, dass diese Arbeitnehmer im entleihenden Unternehmen bei der Berechnung des Schwellenwertes für die Einrichtung der nach Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht oder in den Tarifverträgen vorgesehenen Arbeitnehmervertretungen im gleichen Maße berücksichtigt werden wie Arbeitnehmer, die das entleihende Unternehmen für die gleiche Dauer unmittelbar beschäftigt oder beschäftigen würde.

Artikel 8 – Unterrichtung der Arbeitnehmervertreter

Unbeschadet strengerer und / oder spezifischerer nationaler oder gemeinschaftlicher Vorschriften über die Information und Konsultation hat das entleihende Unternehmen der gemäß gemeinschaftlichen und nationalem Recht eingerichteten Arbeitnehmervertretung im Zuge der Unterrichtung über die Be-

schäftigungslage in dem Unternehmen angemessene Informationen über die Beschäftigung von Leiharbeitsnehmern in dem Unternehmen vorzulegen.

Kapitel III, Schlussbestimmungen, Artikel 9 – Mindestvorschriften

1. Die vorliegende Richtlinie lässt das Recht der Mitgliedsstaaten unberührt, für Arbeitnehmer günstigere Rechts- und Verwaltungsvorschriften anzuwenden oder zu erlassen oder den Abschluss von Tarifverträgen oder Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern zu fördern oder zuzulassen, die für die Arbeitnehmer günstiger sind.

2. Die Durchführung dieser Richtlinie ist unter keinen Umständen ein hinreichender Grund zur Rechtfertigung einer Senkung des allgemeinen Schutzniveaus für Arbeitnehmer in den von dieser Richtlinie abgedeckten Bereichen. Dies gilt unbeschadet der Rechte der Mitgliedsstaaten und / oder der Sozialpartner, angesichts sich wandelnder Bedingungen andere Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder vertragliche Regelungen festzulegen als diejenigen, die zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Richtlinie gelten, sofern die Mindestvorschriften dieser Richtlinie eingehalten werden.

Bei der Betrachtung der Umsetzung in nationales Recht ...

... werden wir feststellen, dass der Gesetzgeber im AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) die Möglichkeiten genutzt hat, durch Tarifverträge vom formulierten Grundsatz abzuweichen und auch die „Kann-Formulierung“ für die Schwellenwertberechnung (durch Hinzuzählung der Leih-Arbeitnehmer) für die Errichtung der Arbeitnehmer-Vertretung im entleihenden Unternehmen genutzt hat. (BAG 16.4.03, Az.: 7 ABR 53/02).

Leih-Arbeitnehmer zählen *nicht* mit bei der Anzahl der zu wählenden BR-Mitglieder im Entleiherbetrieb.

Interessant sind in diesem Zusammenhang der Bericht bzw. die Daten des „Third European Survey on working Conditions“, 15 EU-Länder umfassend sowie ein Auswertungsbeitrag der WSI-Mitteilungen 8/2003. Die Befunde zeigen zweierlei: Die Schlechterstellung der Leiharbeitsnehmer bleibt auch nach statistischer Kontrolle bestehen. Die Geltung der Gleichbehandlungsrichtlinie reduziert die Schlechterstellung hinsichtlich des Einkommens, erhöht sie aber bei der Weiterbildung.

– Im Allgemeinen sind Leiharbeiter Arbeitnehmer bei einer Leiharbeitsfirma: In Großbritannien und Irland aber zum Teil auch als Selbständige tätig. In der Regel sind die Verträge von Leiharbeitsnehmern befristet, aber in Deutschland und Schweden werden die Leiharbeits-Verhältnisse meist unbefristet abgeschlossen.

– Der Gleichbehandlungsgrundsatz gilt in Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal und

Spanien uneingeschränkt.

– Im Durchschnitt liegt das Arbeits-einkommen von Leiharbeitern in Europa unter dem von Beschäftigten im Normal-arbeitsverhältnis.

Leiharbeiter in Deutschland erhalten 22 bis 40 % weniger Lohn. Männliche Leiharbeiter 36 % und weibliche Leiharbeiter 29 % weniger Bruttolohn als Nichtleiharbeiter.

– Leiharbeitnehmer erhalten weniger Weiterbildung und die Arbeitsbedingungen sind ungünstiger.

Sie haben weniger Spielraum in der Arbeitszeitgestaltung, werden weniger aufgeklärt über die Risiken am Arbeitsplatz und ihre Voraussetzungen für soziale Beziehungen am Arbeitsplatz sind schlechter.

– Jedoch in Ländern, in denen für Leiharbeitnehmer der Gleichbehandlungsgrundsatz gilt, sind die Unterschiede bei der Entlohnung geringer im Vergleich zum Normalarbeitsverhältnis.

– Auffällig ist auch der im Vergleich zu Normal-Arbeitnehmern zweieinhalb Mal höhere Anteil der Unterforderten bei den Leiharbeitnehmern.

– Die Chance, ein relativ niedriges Einkommen zu beziehen, liegt bei den Leiharbeitnehmern fünfmal so hoch wie bei Beschäftigten im Normal-Arbeitsverhältnis.

– In Ländern, in denen der Gleichbehandlungsgrundsatz gilt, ist die Einkommensbenachteiligung geringer. Allerdings verhält es sich bei der Weiterbildung genau umgekehrt. Die Geltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erhöht die Chance, *keine* Weiterbildung zu erhalten.

– Mit den Möglichkeiten, Tarifverträge abzuschließen, bleibt die Lohndiskriminierung weiter bestehen.

Spätestens seit dem Bericht der sog. Hartz-Kommission 2002 ist die Leiharbeit bzw. Zeitarbeit ins Zentrum des arbeitspolitischen Diskurses gerückt.

Die Unternehmen suchen jenseits des Normalarbeitsverhältnisses nach Flexibilisierungsmöglichkeiten, um auf Veränderungen des Arbeitsvolumens reagieren zu können.

Zudem schreibt man ihr positive Beschäftigungseffekte zu.

Im Bereich der Metallindustrie-Branche gibt es mit einem Anteil von ca. 70 % die meisten Leiharbeitsverträge.

Durch das Gesetz „Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz“ ist die Arbeitnehmerüberlassung grundlegend neu geregelt worden. In Kraft getreten am 1.1.02. Die Neueregungen im AÜG treten am 1.1.04 in Kraft. (Ausnahme bei Abschluss eines Tarifvertrages nach dem 15.11.02.)

Die Arbeitsbedingungen haben sich für Leiharbeiter weiterhin konkretisiert durch die Entgeltrahmen-, Entgelt- und Manteltarifverträge sowie über einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zwischen der DGB-Tarifgemeinschaft und der iGZ* und BZA*, abgeschlossen

am 16.7. und 22.7.03.

Es verstärkt sich der Verdacht, dass über Leiharbeit der Kostenfaktor der „Ware“ Arbeitskraft gesenkt werden soll, ja sogar unter ihren durchschnittlichen Preis auf dem Arbeitsmarkt gedrückt wird und die „Gunst der Stunde“ gut steht – neben der Flexibilisierung von Arbeitszeit – auch die Flexibilisierung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen voranzutreiben.

Die Ausnahmeregelungen des AÜG lauten: Zuvor arbeitslose Arbeitnehmer dürfen bis zu sechs Wochen mit einem Einkommen in der Höhe des Arbeitslosengeldes entlohnt werden. Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen vom Gleichbehandlungsgrundsatz treffen und nicht tarifgebundene Verleiher können im Geltungsbereich eines Tarifvertrages dessen Gültigkeit mit den Leih-Arbeitnehmern vereinbaren. Das heißt, die Neuregelung des AÜG ab 1.1.2004, das die Verleiher verpflichtet, Leih-Arbeitnehmer ab dem ersten Einsatzstag, die für vergleichbare Arbeitnehmer des Entleihbetriebes geltenden Arbeitsbedingungen zu gewähren, durch Tarifverträge ausgehebelt sind. Somit sind Einstiegsgehälter durch die erste erwähnte Ausnahme möglich und Lohndumping durch die zweite Ausnahme.

Der Manteltarifvertrag lässt eine Probezeit von sechs Monaten zu und erst ab dem fünften Beschäftigungsjahr 30 Tage Urlaub. Kein zusätzliches Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) sind ebenfalls in dem Manteltarifvertrag möglich sowie eine Anrechnungsmöglichkeit von Fahrgeld und Verpflegungsgeld.

Im AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) ist die Höchstdauer einer Entleihzeit für Leih-Arbeitnehmer aufgehoben worden. Das besondere Befristungsverbot für Verleiher mit ihren Leih-Arbeitnehmern ist aufgehoben und das Wiedereinstellungsverbot für Verleiher und das Synchronisationsverbot sind ebenfalls aufgehoben.

Das Problem der Leiharbeit als eine Form der Flexibilisierung von Arbeitsverträgen/-verhältnissen kann sich nun gesellschaftlich weiter „durchfressen“ in die sogenannten Beschäftigungskerne – Stammebelegschaften. Somit wird Leiharbeit ein Handlungsfeld der Betriebsräte in dem Entleihbetrieben werden müssen. Dieses Handlungsfeld wird aber auch gewerkschaftspolitisch begleitet werden müssen. Die Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes oder / und des Tarifvertrages liegt bei der Einstellung von Leih-Arbeitnehmern als Überwachungskriterium nach § 99 BetrVG bei den Betriebsräten des Entleihbetriebes. Das gilt für die Eingruppierung, aber auch der sonstigen Arbeitsbedingungen. (B.K.)

* (iGZ: Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen; BZA: Bundesverband Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen e.V., die beiden größten Verbände der Zeitarbeitsbranche).

Innovationspolitik und Elitendiskurs

Die rot-grüne Bundesregierung hat bekanntlich als nächste Stufe ihrer Reformen, nach der Agenda 2010, das Thema „Innovationen“ ausgerufen. Gegen dieses Ziel lässt sich grundsätzlich nur schwer polemisieren. Nach der Wirtschaftstheorie sind Innovationen unverzichtbar für wirtschaftliches Wachstum und – nicht nur nach Schumpeter – die optimale Überwindung von Krisen.

Dass neue Produkte und Produktionsverfahren, die auf dem Markt auch nachgefragt werden, in letzter Zeit hierzulande weitgehend ausgeblieben sind, wird inzwischen allenthalben beklagt. Die deutsche Pharma-Industrie, so Wirtschaftsminister Clement unlängst auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, habe seit Aspirin und der Pille keine wirklich neuen Produkte von wirtschaftlicher Bedeutung hervorgebracht. Dass Firmen wie Agfa, Grundig und AEG heute vom Markt weitgehend verschwunden sind, ist nicht nur ein Problem dieser Firmen, sondern deutet auf technologische Rückschläge in ganzen Branchen hin. Auch in neuen Branchen wie dem Computergeschäft, von der Chipfertigung ganz zu schweigen, finden sich bis auf wenige Bereiche kaum deutsche Konzerne von Bedeutung. Selbst die Autoexporte in die USA brechen ein. Die Presse schreibt, dort gelten inzwischen japanische Modelle auch qualitativ als deutlich besser.

Auch aus gewerkschaftlicher Sicht hat das Ziel „mehr Innovationen“ seinen Reiz. Innovationen gelten in Hochlohnländern als einzig erfolversprechende Alternative gegen Billiglohnstrategien, wie sie derzeit für Konzerne und ihre Lobbyisten im Wissenschaftsbetrieb anscheinend immer populärer werden. Ein Kurswechsel hin zu mehr Innovationen, weg von Lohnsenkungen und dem Ausbau von Niedriglohn, wäre deshalb auch aus gewerkschaftlicher Sicht erfreulich. Wer also wollte gegen „Innovation“ polemisieren – zumal angesichts der allgemeinen Sehnsucht nach mehr wirtschaftlichem Wachstum angesichts der schlimmen Folgen jahrelanger Stagnation auf dem Arbeitsmarkt, für öffentliche Haushalte und soziale Sicherungssysteme?

Aber die „Innovationskampagne“ dieser Regierung und ihrer Förderer in den Konzernen ist ebenso wie die Agenda 2010 extrem elitär. Statt Innovation in der Breite zu fördern – „Mehr und bessere Kindergärten! Bessere Grundschulen! Mehr und bessere berufliche Bildung!“ – soll eine nicht genau bekannte (womöglich unter Talaren verborgene?) „Elite“ möglichst schnell Innovationen hervorbringen. Welche Innovationen das genau sein sollen, ist natürlich auch nicht be-

kannt, wieso auch? Aber am besten wären vermutlich gleich ein Dutzend Bill Gates samt dazugehöriger neuer Firmen.

Zu dieser elitären Sorte „Innovationspolitik“, die statt für bessere Bildung und Qualifizierung in der Breite zu sorgen, auf diffuse, möglichst schnelle „Spitzenleistungen“ hofft, gehört auch die Hoffnung auf ebenso nebulöse „Durchbrüche“. Ohne „Durchbruch“ kein „Fortschritt“. Hier wendet sich diese Innovationspolitik vollends ins Reaktionäre und verbindet sich auf einmal wieder mit Konzepten wie der „Agenda 2010“. In der gesellschaftlichen Praxis sind solche elitären „Durchbrüche“ nämlich dann zu meist solche, die gegen demokratische Institutionen und Willensbildungsprozesse erzielt werden, gegen Wahlergebnisse, Parteitagebeschlüsse, Gewerkschaften und andere „Dinosaurier“. Spätestens wenn solche „Durchbrüche“ ausbleiben, ist die Gefahr groß, dass dieser Schrein nach „Innovation“ dann umschlägt in autoritäre Lösungsmuster, in den Ruf nach dem „starken Mann“.

Der Hinweis von Torsten Bultmann in dem im folgenden dokumentierten Aufsatz von 1996 auf Vilfredo Pareto verweist auf diese Gefahr. Der italienische Ökonom und Soziologe entwickelte Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nicht nur ökonomische Lehrsätze wie das „Pareto-Optimum“, sondern in seinen späten Jahren auch eine autoritäre Elitentheorie, die ihn zum Anhänger Mussolinis machte. Der Wechsel der rot-grünen Bundesregierung von der „Agenda 2010“ zum Thema „Innovationen“ ist deshalb kein Schwenk, sondern eine gefährliche Fortsetzung der gleichen unsozialen und elitären Politik. Das macht den vor sieben Jahren geschriebenen Aufsatz Bultmanns so beklemmend aktuell.

rül

Der Ausnahmezustand als künftiger politischer Normalfall? Bildungspolitische Spekulationen um eine „neue Elite“

Die hiesige bildungspolitische Landschaft ist durch die zyklische Wiederkehr an- und abschwelliger „Elitendiskussionen“ geprägt. Es scheint so, dass gegenwärtig mal wieder eine solche vorbereitet wird. Dies signalisieren etwa Tagungsthemen neokonservativer Think-tanks, Redenschreiber aus dem Bundespräsidialamt oder Schwerpunktausgaben wissenschaftspolitischer Fach- und Verbandszeitschriften. So wird im Regelfall das Terrain intellektueller Koordination und Akzeptanz sondiert, auf welchem anschließend mit dem „Ruf nach Eliten“, dessen Kehrseite die ideologiepolitische Abwertung des Chancengleichheitspostulats ist, Frankfurter Allgemeine, Focus, RCDS, zuweilen Peter Glotz – neuerdings auch die Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen – massenmedial in Erscheinung treten können. Anders ausgedrückt: Im Hochschulsektor soll es mal wieder drastische Einspa-

rungen geben. Dies war in der jüngeren Vergangenheit immer mit Versuchen einer ungleichen Konzentration knapper Mittel verbunden: in der Spannweite zwischen perspektivlos heruntergewirtschafteten Massenstudiengängen und bestausgestatteten Forschungs- und Innovationszentren, die den Anschluss an die ökonomisch-technische Entwicklungsdynamik halten.

Im Normalfall signalisieren künstlich inszenierte Elitendiskussionen, dass die Balance zwischen steigendem gesellschaftlichen Bildungsniveau und tradierten Formen der Herrschaftssicherung abhanden zu kommen droht; etwa nach Phasen kurzfristiger sozialer „Öffnung“ höherer Bildungswege wie in den 70er Jahren. Die technokratische Stoßrichtung des Elitemotivs besteht darin, die gesellschaftliche Akzeptanz für Hochschulzugangsbeschränkungen, selektive Bildungsfördermechanismen oder für exklusive und privilegierte Spezial(hoch)schulen, die nur einer kleinen Minderheit offen stehen, aber dennoch aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden sollen, zu stärken. Bildungsökonomisch liegt dem die schlichte (und falsche) Annahme zugrunde, dass eine überproportional hohe Förderung Weniger einen größeren gesellschaftlichen Nutzen erzeugen würde als eine gleichmäßige Förderung vieler. Ausschlaggebend für solche Spekulationen sind nicht die Lebens- und Entwicklungsinteressen der zu fördernden Individuen sondern die jeweils herrschenden Interessen an der ökonomischen und gesellschaftlichen Verwertbarkeit von „Befähigungsreserven“. Gerade in Zeiten schrumpfender haushaltspolitischer Spielräume entwickeln sich daher ungute Koalitionen zwischen neokonservativen Think-tanks, die ein hierarchisch gestuftes Bildungssystem aus einer vermeintlich vererbungsbedingt ungleichen „Leistungsfähigkeit“ der Menschen begründen, und ideologiepolitisch gänzlich unambitionierten Spartechnokraten in den Staatsapparaten.

Derartige Handlungskonstellationen sind auch für die aktuelle Hochschulpolitik bestimmend. Da sich gegen diese kein nennenswerter politischer Widerstand regt, stellt sich natürlich die Frage, wozu noch ein zusätzlicher Ideologiebedarf in Richtung der Legitimation von „Eliten“ erforderlich ist. Eindeutig lässt sich dies wohl nicht beantworten. Allerdings tauchen in der aktuell angerührten „Elitedebatte“ einige diskussionswerte neue ideologische Komponenten auf, die darüber Aufschluss geben, wie sich das gegenwärtige Herrschaftspersonal den Übergang zur sogenannten „postindustriellen“ oder „Informationsgesellschaft“ vorstellt: in letzter Konsequenz geht es dabei, zugespitzt formuliert, um die Abschaffung der Politik durch Selbstermächtigung von „Experten“.

Charakteristisch für Elitendiskussionen ist, dass sie einen Veränderungsdruck

auf das Bildungssystem mit Fragen der künftigen politischen Struktur der Gesellschaft verbinden. Gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte werden vor allem als „Führungskrise“ gedeutet, aus welcher sich dann messerscharf eine „Krise der Hochschulen“ schlussfolgern lässt: angesichts der nivellierenden Wirkung von „sozialer Öffnung“ derselben und Chancengleichheitspolitik sei es „für die wirklich Leistungsfähigen und -willigen – gleich welcher Herkunft – schwerer geworden, sich durchzusetzen, Profil zu zeigen.“ So äußert sich etwa exemplarisch der Vorstandsvorsitzende der Frankfurter Metallgesellschaft AG, Karl-Josef Neukirchen, in der Zeitschrift des Deutschen Hochschulverbandes (April-Ausgabe) mit dem Schwerpunktthema „Eliten“. Der Gastautor outet im gleichen Beitrag seine innige Verbundenheit mit dem italienischen präfaschistischen Theoretiker Vilfredo Pareto, der einen bedeutenden Einfluss auf Mussolini hatte. Pareto verstand Geschichte als immerwährenden „Kreislauf der Eliten“: eine Elite steigt auf, glänzt, degeneriert und wird schließlich durch eine neue Elite evolutionär beseitigt oder „revolutionär“ weggeputzt – und der Endloskrimi beginnt wieder von vorne. Im Moment befinden wir uns demnach also in der Phase der Degeneration. „Die Elite geht von Bord“, titelte die Zeitung Capital im Herbst 1996. Was ist nun die Nutzenanwendung dieser Amateurchilosophie? Zunächst erfolgt die obligatorische Feststellung, dass – wie immer – außergewöhnliche Entscheidungen anstünden, zu denen „die Politik“ aber angesichts ihrer Rücksichtnahme auf Interessen und öffentliche Meinung nicht in der Lage sei. Bei diesem Entscheidungsbedarf handelt es sich um die übliche Arbeitgeberverbandssicht der Dinge: internationale Konkurrenzfähigkeit, Lohnsenkung, Liquidation des Sozialstaates. In gewisser Weise unüblich sind dann schon die politischen Rezepte, die etwa Neukirchen serviert. Er proklamiert einen neuen Typus politischer Führung, deren (formal-demokratisch eher dürftige) Legitimation vor allem aus ihrer „Einsicht in die Notwendigkeit“ bestünde: „Weil Lippenbekenntnisse nichts ändern, müssen Entscheidungen getroffen werden, die Veränderungen bewirken. Dafür muss *eine* (Hervorhebung TB) Elite die Verantwortung übernehmen. Politiker wird es Wählerstimmen kosten und Wirtschaftsführern wird es Konflikte mit den Arbeitnehmern bescheren. Aber es gibt keine Alternative.“ Die Linie ist deutlich: Es geht um die schrittweise Entbindung politischer Maßnahmen von den Aushandlungsmechanismen der gesellschaftlichen Interessen- und Kompromissarchitektur; genauer: die neoliberale Doktrin („Sachzwang Weltmarkt“) wird stattdessen gebieterisch als Gesamtinteresse gesetzt, der eigentliche (ökonomisch-soziale) Machtkern einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie er-

hebt sich zur – politisch unvermittelten – ultimativen Entscheidungsebene. Exakt dies ist auch die Stoßrichtung der rechts-populistischen Mobilisierungsnummer („Berliner Rede“) mit dem Titel „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ von Bundespräsident Herzog am 26.4. im Berliner Hotel Adlon.

Das gedankliche Jonglieren deutscher Großindustrieller mit dem Ausnahmezustand ist zweifellos nichts Neues. Neu ist jedoch, wie sich gegenwärtig in der Gesellschaft eine diffuse Parallelität von Stimmungen ausbreitet – demoskopisch u.a. als „Politikverdrossenheit“ abgebildet –, von Stimmungen, denen es aus unterschiedlichsten Motiven angesichts der aufgetürmten Probleme (Massenarbeitslosigkeit, ökologische Risiken) nach „klaren Entscheidungen“ und einer rettenden Perspektive, egal woher, verlangt. Nicht auszuschließen ist etwa, daß künftig eine äußerliche Annäherung der stahlharten ausnahmestaatlischen Variante faschistisch halluzinierender „Wirtschaftsführer“ mit politisch unreflektierten Formen ökologischer Erregtheit stattfinden könnte. Charakteristisch für die Elitediskussion ist in diesem Zusammenhang, dass sie komplexe gesellschaftliche Wirkungsmechanismen und Krisenerscheinungen auf Handlungen oder Unterlassungen führender Personen reduziert (die sprechenden Köpfe jeden Abend in der Tagesschau). Dies markiert eine Schnittstelle neokonservativer Ideologiekonstruktion mit dem Weltverbesserungsgerede des Stammtisches – es müßten halt „die Richtigen“ ans Steuer – und mit anderen Formen von politischem Analphabetismus. Dieser taucht nun bei hochspezialisierten Akademikern überdurchschnittlich häufig auf, womit wir wieder beim Ausgangsthema wären. Was unsere Zeit so dringend nötig hätte, sei, so etwa der Nobelpreisträger für Physik, Klaus von Klitzing, gegenüber dem Hochschulverband, „ein neues Elitebild ..., basierend auf Führungspersönlichkeiten, deren breites Wissen, kritisches Denken und Visionen zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden kann“ (lies „können“; TB). „Für eine neue Elitediskussion!“ ist auch der grüne MdB Matthias Berninger und ließ sich im Februar auf dieser programmatischen Grundlage zum hochschulpolitischen Sprecher seiner Fraktion wählen. Natürlich ist dies „gut gemeint“ und von der Motivation her etwas völlig anderes als ein Erziehungsprogramm für den „Ernstfall“ im Sinne Carl Schmitts. Es geht um „ökologische Verantwortung“ und Menschheitsrettung. Entscheidend für die Beurteilung politischer Konzepte sind jedoch nicht die ihnen zugrundeliegenden Gesinnungen sondern die gesellschaftlichen Effekte, die damit bewirkt werden. Wer sagt „Elite ja – aber eine andere!“ (ökologische, sozial verantwortliche etc.) hat den Mechanismus der Personifizierung gesellschaftlichen Krisenmanagements bereits akzeptiert: Politik reduziert sich

auf „Führung“, Reform auf eine Auswechslung des Spitzenpersonals am Maßstab „richtigen“ Wissens, gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse sind entthematisiert. Aus dieser Perspektive ist der Blick auf das Bildungssystem notwendig auf Leistungsselektion orientiert. So plädiert etwa Berninger ausdrücklich für eine Sonderförderung „erkennbar begabter junge(r) Menschen“ an den Hochschulen. Strukturpolitisch ist der Unterschied dieses Ansatzes zu denen konservativer Standesverbände nicht mehr zu erkennen.

Wissenschaftlich qualifizierte Menschen sind seit je für politische Elitekonzeptionen spezifisch empfänglich. Diese suggerieren schließlich die „Herrschaft der Wahrheit“ anstelle einer „Herrschaft der Interessen“, was gleichbedeutend ist mit einer entsprechenden Prestigeaufwertung wissenschaftlicher Arbeit (ungeachtet von „Akademikerschwemme“ und „Massenuniversität“). Diese Empfänglichkeit erhöht sich in Zeiten, in denen in der politischen Öffentlichkeit Szenarien sich progressiv entwickelnder „Krisen“ oder gar Endzeitstimmungen stark verbreitet sind, in denen also ganz dringend das „Richtige“ getan werden muss und die „Politik“ grundsätzlich hinter dem Niveau Ihrer Aufgaben zurückbleibt. Vor diesem Hintergrund und in Verbindung mit der Tatsache, dass die etablierte Wissenschaft selbst in der Regel am wenigsten in der Lage ist, die Interessen- und Ideologieabhängigkeit ihrer eigenen Produktionsbedingungen zu erkennen, ist leicht der Kurzschluss möglich, die Lösung etwa ökologischer Probleme nicht mehr in den allgemeinen gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsbedingungen zu verorten, sondern in den Strukturen des Wissenschaftssystems. Die ökologische Krise wird zu einem „Forschungsdefizit“ (oder zu einem Defizit der Politik, auf WissenschaftlerInnen zu hören). Ökotechnokratische Politikvorstellungen sind in der akademischen Gemeinde daher eher die Regel als die Ausnahme. Dem kommt eine neokonservative Politik entgegen, welche die Lösung so ziemlich aller gesellschaftlichen Missstände an „moderne“ Wissenschaft und Technik delegiert, eine Politik, die sich in Rüttgers Leitmotto „Innovation als Rohstoff“ oder in der Vision einer heraufdämmernden „wissenschaftsbasierten Gesellschaft“ signifikant zusammenfassen lässt. In einer Umfrage zur politischen Selbstverortung hessischer Studierender bekamen etwa Alex Demirovic und Gerd Paul vom Frankfurter Institut für Sozialwissenschaft durch 78% der Befragten zu hören, dass „unabhängige Experten bei politischen Entscheidungen mehr Einfluss“ haben sollten. Mehr Einfluss als wer?

Autor: Torsten Bultmann. Geschrieben Dezember 1996; erstmals erschienen in uni-konkret, WS 96/97. Aktuelle Bearbeitung: Nele Hirsch, 7.1.2004. Torsten Bultmann ist Geschäftsführer des BdWi. Quelle: www.fzs.de

15. Februar, Athen: *Treffen europäischer Linksparteien.*

21.-22. Februar, Frankfurt: *Initiative für ein Sozialforum in Deutschland.* DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str., Frankfurt a.M. Am 21.2. geht es um die Vorbereitung und Mobilisierung für das nächste Europäische Sozialforum. Am 22.2. sollen die weiteren Schritte zu einem Sozialforum in Deutschland und die Vernetzung der lokalen Sozialforen die zentralen Themen sein. Infos: www.dsf-gsf.org/

23. Februar, Berlin: *Die Türkei, die EU und die Kurden.* Diskussion mit: Muzafer Ayata, Europavertreter DEHAP, André Brie, MdEP, Yavuz Fersoglu, Landessprecher PDS-Hamburg, Nilüfer Koc, Mitglied des Exekutivrates von KONGRAGEL. Moderation: Rüdiger Lötzer (Deutsch-Kurdischer Freundeschaftsverein), Florian Weis. 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5

CDU und CSU haben angekündigt, den Beitrittswunsch der Türkei für die EU zum Thema der Europawahlen am 13. Juni 2004 zu machen. Unter den Linken in der Bundesrepublik überwiegt die Zustimmung zu einem Beitritt, allerdings unter einer Bedingung: Die Menschenrechte müssen uneingeschränkt gewährleistet sein. Das betrifft nicht nur, aber in besonderem Maße die Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Wie stellt sich ihre Situation in der Türkei derzeit dar? Welche Erwartungen knüpfen die KurdInnen und Linke in der Türkei an den EU-Beitritt? Was können kurdische MigrantInnen in Deutschland zu diesem Prozess beitragen? Und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus für das Wirken der PDS und anderer Linker in Deutschland? Mit der Veranstaltung „Die Türkei, die EU und die Kurden“ beginnt die RLS eine Reihe von Bildungsangeboten, die sich dem Beitrittswunsch der Türkei zur EU widmen. In anderen Veranstaltungen werden andere Aspekte des Türkei-EU-Themas mit anderen KooperationspartnerInnen und ReferentInnen erörtert. Ankündigungen und nähere Hinweise zu diesen Angeboten finden Sie auf dieser Website, den Seiten unserer Landesstiftungen und unserer Europa-Website.

29. Februar, Hamburg: *Neuwahlen zu Bürgerschaft/Bezirksversammlungen.* Volksentscheid über Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser in Hamburg

20. März, weltweit/bundesweit: *Internationaler Aktionstag gegen den Krieg,* Aufrufer: (u.a.) Europäischer Sozialgipfel in Paris, in Deutschland sind bis jetzt Aktionen in: Ramstein, Protestmarsch „Stillhalten ist tödlich“ (<http://www.ipnw.de/ramstein>) zur US Airbase Ramstein, Hamburg, Berlin geplant, Infos über Aktionen in den USA: <http://www.internationalanswer.org/campaigns/m20/index.html>



21. März: *Sonderparteitag der SPD,* Neuwahl des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs

27. März, Rostock: *Internationale Friedenskonferenz der PDS (Ostseefriedenskonferenz)*

3./4. April 2004, Fulda: *Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* 10.30 Uhr, DGB Jugendbildungsstätte

3. April: *Europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau.* Es ruft auf: Europäischer Gewerkschaftsbund u.a. Auch in Berlin, Köln und Stuttgart werden Demonstrationen stattfinden.

7.-9. Mai, München: *Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung.* Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik. Veranstalter: Kurs Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Siehe unter: www.kurt-eisner.de/muedik – Ausführlicheres in einer der nächsten Ausgaben der PB.

7.-9. Mai, Poznan/Polen: Ein Entwicklungsmodell für die erweiterte EU. Internationale Konferenz des Netzwerks EPOC (Improvement of Economic Policy Coordination for Full Employment and Social Cohesion) über die sozialen und politischen Herausforderungen im Gefolge der EU-Erweiterung. Infos/Anmeldung: Jacqueline Runje, Universität Bremen, FB 7/Ökonomie, Wilhelm-Herbst-Str. 1A, 28359 Bremen. www.epoc.uni-bremen.de/jrunje@ewig.uni-bremen.de

10./11. Mai, Bonn: Nationaler Städtebaukongress: *Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung.* Veranstaltet von: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund u.a.

15./16. Mai, Sömmerda: *Kommunalpolitische Konferenz der PDS*

23. Mai: *Bundespräsidentenwahl*

13. Juni: *Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen.* Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.

27. Juni: *Kommunalwahl in Thüringen.*

29. Juli bis 1. August: *Linke Sommerschule* in Sondershausen

2.-3. September, Hamburg: *Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt.* Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: *Landtagswahl im Saarland*

19. September: *Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen*

26. September: *Kommunalwahl in NRW*